

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatlich 4.50 zl., mit Zuliegeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatlich 4.80 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatlich 8 zl. Danzig 3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Beruf-Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspalige Millimeterzeile 15 gr., die einspalige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Plakatvorrichtung u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Breslau 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 105

Bromberg, Dienstag den 9. Mai 1933

57. Jahrg.

Die Entspannung.

Offiziöse polnische Erklärung?

Su den Erklärungen des Reichskanzlers Hitler gegenüber dem polnischen Gesandten Wysocki schreibt der „Dziennik Polski“, ein in Warschau erscheinendes Organ des rechten Flügels des Regierungskabinetts:

„Es handelt sich dabei um eine feierliche Friedens-Erklärung, die angefischt von ganz Europa gegeben worden ist. Wir nehmen sie zur Kenntnis. Was aber die Geschichte dieser Unterredung anlangt, so stellt sie das Conti-Bureau nicht genau dar. Soweit uns bekannt, ist die Initiative zu der Begegnung zwischen Wysocki und dem Reichskanzler von polnischer Seite ausgegangen, da gewisse sehr kriegerisch lautende Reden von Politikern, die der Deutschen Regierung nahestehen, und manche Artikel der nationalistischen Presse eine Aufklärung über ihren eigentlichen Sinn erforderten. Man mußte deshalb die kompetentesten Stellen befragen, wie sie sich zu diesem Auftreten stellen, das die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich so sehr erschwerte. Das war der Zweck des Besuchs Wysockis beim Kanzler, und wie aus der Mitteilung des Conti-Bureaus ersichtlich ist, wurde er erreicht.“

Wenn das Conti-Communiqué von einer Warnung an die Adresse Polens spricht, so muß man diesen Ausdruck als eine rhetorische Wendung ansehen, die für den inneren Gebrauch bestimmt ist. Wir werden daraus keine Rekriminationen ableiten. Das Wesen der Sache liegt darin, daß der Kanzler auf dem Boden der Verträge steht, und daß er offiziell die friedlichen Absichten der Deutschen Regierung feststellt. Wir werden auch nicht die Frage untersuchen, ob die Erklärung des Kanzlers aus eigener Initiative entsprungen ist, oder ob sie die Folge der allgemeinen Unruhe war, die durch die deutschen Ereignisse und durch die letzten Debatten im englischen Unterhause hervorgerufen worden ist. Jedenfalls haben wir jetzt eine amtliche Versicherung, daß die Deutsche Regierung nicht solche Komplikationen in der internationalen Politik hervorrufen will, durch die eine Störung des Friedens herbeigeführt werden könnte. Eine solche Erklärung hatte der Kanzler bisher nicht abgegeben (das ist nicht mehr! Vgl. die Reichstagsrede! D. R.), was zu der Annahme beitragen konnte, daß die kriegerischen Kundgebungen (?) seiner politischen und publizistischen Mitarbeiter seinen Absichten entsprechen. Jetzt wissen wir, daß dem nicht so ist. Wie lange die Erklärung des Kanzlers Geltung haben soll, wissen wir nicht, aber die Tatsache, daß der Kanzler Herrn von Neurath zur Teilnahme an der Unterredung mit dem polnischen Gesandten aufforderte, bildet eine Bürgschaft dafür, daß wir es hier nicht mit einer Propaganda-Aktion, sondern mit einem wichtigen politischen Akt zu tun haben.“

Die sonst getrennt gleiche Erklärung finden wir auch im Krakauer „Gaz“¹, was zu der Annahme berechtigt, daß sie halbamtlicher Herkunft sein dürfte.

Auch ein Friedensapostel?

Der „Kurjer Poznański“ reitet gegenüber Deutschland sein altes Steckenpferd. Das nationaldemokratische Blatt schreibt u. a.:

„Die nationalistisch-konservative deutsche Presse, die man von der Hitler-Presse unterscheiden muß, bemüht sich, den Eindruck der Mitteilung des Wolff-Bureaus abzuschwächen. Ihre Kommentare sind voll von weiteren Drohungen an die Adresse Polens. Sie bemühen sich zur Abwehrung dem friedlichen Deutschland die Angiffssturm Polens gegenüberzustellen. Aber selbst die „Wossische Zeitung“, die pazifistische Traditionen hat, erklärt mit Nachdruck, daß die Erklärung des Kanzlers Hitler nicht bedeutet, daß auf die revisionistischen Pläne verzichtet wird, sondern daß diese Pläne im Einklang mit den Verträgen auf Grund des Artikels 19 des Völkerbundpaktes verwirklicht werden sollen.“

Der „Kurjer Poznański“ fährt dann fort: „Wir geben uns über die deutsche Politik keinen Illusionen hin. Wir hatten sie damals nicht, als andere bei uns sie hatten, die erst, nachdem Hitler zur Macht gekommen war, die deutsche Gefahr erkannten. Wir behaupteten immer, daß die Politik aller deutschen Parteien von den Hitlerleuten bis zu den Sozialisten gegenüber Polen vollkommen einheitlich ist. Ein Hindernis für diese Politik könnten nur reale Tatsachen bilden, auf die jede Reichsregierung stoßen wird, und mit denen jeder nüchtern denkende verantwortliche deutsche Politiker rechnen muß. Die Erklärung Hitlers unterscheidet sich in nichts von der politischen Stellungnahme seiner Vorgänger, mag es sich dabei um den Sozialdemokraten Müller, den Nationalen Luther, den Volksparteier Stresemann oder den Katholiken Brünning gehandelt haben. Die deutsche Politik bleibt dieselbe. Anders kann es gar nicht sein. Dagegen muß sich die polnische Politik ändern durch Preisgabe ihrer Illusionen (?) und dadurch,

dass sie nur mit den wirklichen Tatsachen rechnet. Wir sind gleichfalls Anhänger einer Friedenspolitik. (Die Polen ja, aber der „Kurjer“ auch? D. R.) Deswegen widerstreben wir uns entschieden den Versuchen, in die polnische Politik gegenüber Deutschland hysterische Momente hineinzutragen, die nach der Übernahme der Macht durch Hitler die jüdische Presse in Polen oder auch diejenigen Blätter, die den Juden zur Verfügung stehen, beherrschten. Der Friede ist indessen nicht gleichbedeutend mit Passivität.“

Moskau zu den deutsch-polnischen Besprechungen.

Moskau, 6. Mai. (PAT). Die Unterredungen zwischen dem Reichskanzler Hitler, dem Reichsausßenminister Freiherrn von Neurath und dem polnischen Gesandten Dr. Wysocki, sowie die parallel laufende Be-

Vor der Nationalversammlung.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

In den politischen Kreisen der Hauptstadt zweifelt man nicht mehr daran, daß Professor Moscicki die Wiederwahl zum Staatspräsidenten annehmen wird. Diese Annahme wird auch durch den Umstand bestätigt, daß der Sejmpräsident Switalski als Vorsitzender der Nationalversammlung der Sejmkanzlei die Anweisung gegeben hat, Vorbereitungen zur Einberufung der zweiten Sitzung der Nationalversammlung zu treffen, in der die Ceremonien der Eidseidlung durch den neu gewählten Präsidenten vorstatten gehen wird. Diese Sitzung wird höchstwahrscheinlich am Dienstag, 9. d. M., im Schloß stattfinden. Die Anwesenheit des diplomatischen Korps und der Presse ist nicht vorgesehen.

Gefälschte Benachrichtigungen.

Das Sejm-Bureau teilt mit, daß an die Abgeordneten und Senatoren eine gedruckte Benachrichtigung mit der Unterschrift: „Das Bureau des Sejm der Republik“ und folgenden Inhalten versandt worden ist:

„Das Bureau des Sejm der Polnischen Republik setzt den Herren Abgeordneten (Senator) in Kenntnis, daß in Anbetracht dessen, daß der Präsident der Republik durch den Herrn Marschall Piłsudski bestimmt worden ist, Ihre Teilnahme an der Nationalversammlung am 8. Mai 1933 überflüssig ist.“

Das Bureau des Sejm der Republik.“

Das Sejm-Bureau stellt fest, daß diese Benachrichtigung eine offenkundige Fälschung ist.

Das Regierungskommissariat hat sofort die Beschlagnahme der Drucksache angeordnet und außerdem hat die Staatsanwaltschaft Schritte eingeleitet, um den Urheber der Fälschung und Irreführung zu ermitteln. In Sanierungskreisen verlautet, daß die Behörden schon auf der Spur der Urheber des Intrigengespiels zur Förderung des Boykotts der Nationalversammlung seien und daß „einige hervorragende Mitglieder einer der Oppositionsparteien“ an der Affäre beteiligt gewesen sein sollen.

Kindereien.

Bromberg, 7. Mai.

Der Schüler Kunibert Krüger aus der 5. Klasse des hiesigen Deutschen Gymnasiums hat vor Beginn einer Unterrichtsstunde dem Mitschüler Boris Kindermann einen Schlag versetzt. Wie er sagt, auf den verläugerten Rücken, wie Boris erklärt, gegen den Kopf.

Was hat dies „weltbewegende“ Klasseneignis für eine Bedeutung, daß man in der Presse davon Notiz nimmt? Eine wahrhaft unglaubliche! Die polnische Presse aller Schattierungen wird heute spaltenlang darüber berichten. Der Schlag des Kunibert Krüger gegen Kopf oder Gegenkopf des Boris Kindermann hat ein lebhafte Echo gefunden, wie man sagt, sogar im Kultusministerium. Der Vater des Geschlagenen, der nicht mehr ganz unbekannte hiesige Dr. Leon Kindermann, hat nämlich gegen Kunibert Krüger Klage wegen Körperverletzung erhoben. Der Sohn habe eine fünf Zentimeter lange Beule an der Stirn gehabt und sei eine ganze Woche krank gewesen. Zu seinem Rechtsbeistand hat er sich den aus dem Deutschumsbund- und Pfadfinderprozessen bekannten damaligen Staats- und jüngsten Rechtsanwalt Dr. Kuziel genommen, während Kunibert Krüger von Rechtsanwalt Höppel verteidigt wird. Die Verhandlung vor dem hiesigen Bürgergericht, die ursprünglich für Sonnabend auf 9 Uhr angestellt war, begann dann um 10.30 Uhr und dauerte 4 (in Worten: vier) Stunden. Und war damit keineswegs beendet. Am 12. d. M. wird sie fortgesetzt, neue Zeugen werden geladen. Die Pressebank war dicht besetzt. Zahlreiche Rechtsanwälte ließen es sich nicht nehmen, dem Verlauf der Verhandlung beizuwohnen. Im Zuschauerraum Gerichtsapplikanten, ein Vertreter des polnischen Schulratioriums. Eine wahnsinnig interessante Materie, die da zur Verhandlung stand.

Ja, zum Donnerwetter, hören wir manche unserer Leser sagen, wir haben uns doch schließlich auch und nicht selten

sprechung in Warschau hat in Moskauer politischen Kreisen großes Interesse hervorgerufen. Diese Tatsache wird als Versuch, die deutsch-polnischen Beziehungen zu entlasten, angesehen. Die „Pravda“ versieht ihren Bericht mit der Überschrift „Hitler beruhigt die Polen“. Der Berichterstatter der „Izwisztja“ schreibt u. a. über umlaufende Gerüchte, wonach das Amt des Reichsausßenministers bald Herr von Papen übernehmen werde, der angeblich den Plan einer deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit propagieren wolle.

Der Korrespondent der „Izwisztja“ berichtet ferner, daß durch die Änderung der Haltung Poles in der Sicherheitsfrage und auf Grund der Ergebnisse der Reise Goerings nach Rom und mit Rücksicht auf die deutschfeindliche Haltung des Unterhauses, die Stellung der Anhänger der freundschaftlichen Beziehungen mit Sowjetpolen in Deutschland wesentlich stärker geworden sei.

Die letzten Vorbereitungen

Die Sejmverwaltung hat die Instandsetzung des Sejmssaales für die Nationalversammlung bereits beendet. Gleichzeitig wurde die Zahl der Eintrittskarten für das Publikum bestimmt. Die Sejmkanzlei hat nur 160 Eintrittskarten ausgesetzt.

Die Sejmbehörden haben bereits alle nötigen Anordnungen, u. a. bezüglich der Abschließung der Zugangstrassen durch Polizeikordon, getroffen.

Regierungswechsel nach der Präsidentenwahl?

Polnischen Blättermeldungen aus Warschau zufolge ist in maßgebenden politischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß unmittelbar nach der Wahl des Staatspräsidenten eine vollständige Neubildung der Regierung erfolgen sollte. Die neue Regierung werde dann mit einer bedeutsamen politischen Erklärung hervortreten.

Die Erörterungen über die Kandidaten auf den Posten des Staatspräsidenten werden lebhaft fortgesetzt. In den letzten Tagen ist in diesem Zusammenhang der Name des neu ernannten Botschafters Patels genannt worden. Man muß seine Kandidatur um so mehr anzweifeln, als Patel augenblicklich in Washington weilt.

Sofort nach der Wahl des Staatspräsidenten durch die Nationalversammlung soll eine politische Amnestie veröffentlicht werden.

Wilanów — Residenz des Staatspräsidenten?

In dem der Regierung nahestehenden Warschauer „Express Poranny“ erschien ein größerer Artikel, der sich mit der in den letzten Tagen zweimal erfolgten Besichtigung des ehemaligen königlichen Schlosses zu Wilanów durch den Staatspräsidenten beschäftigt. Es wird der Vermutung Ausdruck gegeben, daß Wilanów in Zukunft die Residenz des Staatspräsidenten sein dürfe, während das Warschauer Schloß nur Repräsentationszwecken dienen werde.

in der Klasse gekloppt und es hat sich daraus kein Prozeß entwickelt! Richtig, teurer Leser, richtig! Wir haben uns geschlagen und in den polnischen Anstalten durfte das heut nicht anders sein. Wir hatten Freunde und Feinde und manchmal gab es einen, den alle nicht ausstehen konnten, und einen, den vielleicht alle fürchteten. Es hat sich da nichts geändert seit unserer Schulzeit. Nur sind die Gründe der Gegenseite vielleicht andere geworden. Wir haben Sitting Bull gelesen, manche taten es während der Stunde, aber niemand hat deshalb dem Lehrer einen Vorwurf machen oder gar die Behauptung aufstellen wollen, daß der Lehrer es billige. Wir haben den gemieden, der unsere Spiele nicht mitmachte wollte und vielleicht gab es einen, der sagte: „Deinen Skalp möchte ich noch mal am Gürtel tragen!“ Und niemand hat das ernst oder zu Gerichtsprotokoll genommen. Die heutige Jugend schweift mit ihrer Phantasie nicht mehr zu Sitting Bull, zur Roten Schlange und den Schatz ihrer Träume, hebt sie nicht am Silbersee, sondern auf näherliegenden Gebieten. In dieser stark verpolitisierten Zeit, da das Radio teilnehmen läßt an allen großen politischen Ereignissen, die Wahlreden bis in die oft auch so stillen und von Parteiwesen so fernsten Wohnungen einsamer Witwen trägt, in dieser Zeit nehmen die Jungen von heute Anteil an all diesen Dingen. Das ist recht und zu ihrem Wohle ist, wollen wir nicht behaupten, aber daß es so ist, kann niemand leugnen. Es ist heute nicht nur die Schule und nicht nur das Elternhaus, das die Seele des Kindes gestaltet. Es sind andere Faktoren, die mitsprechen und nicht übersehen werden dürfen. Denn diese Privatfrage, das steht nun einmal fest, ist nicht nur der Weg zur Bestrafung des jungen Krüger.

Das hat die ganze Verhandlung bewiesen.

Die beiden Jungen haben sich früher gut vertragen. Dann gab es Zwistigkeiten. Kindermann zeigte dem Angeklagten, der von breiter, stämmiger Statur ist, Karikaturen, auf denen er sehr dick dargestellt war. Hinzu kam die Aufpeitschung der Meinungen durch die Nationale Revolution in Deutschland. Es kamen die Wahlen zum Reichstag. Man sprach in der Pause von den Vorgängen im Reich, von Hitler und dem Nationalsozialismus und Boris erklärte, daß er Pazifist und nicht für Hitler sei. Es kam oft zu Refereien, Hänseleien, vielleicht auch einmal zu Schlägereien, aber nicht etwa nur aus solchen Gründen. Nach dem bewußten Schlag hat Boris nichts dem Lehrer gemeldet. Er war, wie der Angeklagte im Klassenbuch nachsah, an den folgenden Tagen stets in der Schule. Als der Vater des Geschlagenen dem Direktor den Vorfall meldete, wurde Krüger bestraft und ihm die Relegierung von der Anstalt angedroht. Der Vorsitzende fragt hier, ob die Bestrafung erst erfolgte, als der Direktor wußte, daß die Sache zu Gericht gehen würde. — Nein, das war gleich nach dem Vorfall.

Boris Kindermann, als Zeuge vernommen, sagt aus, die Schüler hätten Politik getrieben. Auch während der Stunde? fragt der Vorsitzende. Ja. Nachher stellt sich heraus, daß im Geschichtsunterricht die Zeit nach dem Weltkrieg auf dem Unterrichtsplan steht. Als man dabei auf den Pazifismus zu sprechen gekommen sei, hätten alle Schüler "Kindermann" gerufen. Und der Lehrer? fragt der Vorsitzende. Der Lehrer hat gesagt, daß, wenn Kindermann Pazifist sei, er gewiß Gründe dafür haben würde. Nach Zwischenfragen des Verteidigers stellt sich dann heraus, daß der Lehrer auch sagte, in der Stunde hätten die Schüler sich mit Politik nicht zu befassen, ihre Privatdiskussionen könnten sie außerhalb der Schulzimmer austragen.

Ob man auch in der Schule "Heil Hitler" gerufen habe, will der Vorsitzende wissen. Ja. Ob der Lehrer gefragt hätte, wer für Hitler sei. Nein, aber er habe das sowieso gewußt, daß alle für Hitler wären, nur er, Boris Kindermann, nicht. Und bei Hitlers Geburtstag seien die Schüler in weißen Hemden erschienen. Fragt der Vorsitzende: In braunen? Nein, in weißen und mit Hakenkreuzen. Nachher stellt sich heraus, daß manche Schüler Hakenkreuze unter dem Rockragen trugen, so daß es die Lehrer nicht sehen konnten.

Hier greift der Verteidiger R.-A. Hoeppel ein und erklärt, daß dies Alles doch nichts mit der Materie dieses Prozesses zu tun habe. Der Vorsitzende erklärt jedoch, er müsse die Hintergründe, die zu der Schlägerei geführt hätten, kennenlernen. Und der Zeuge erklärt, er sei geschlagen worden, weil er nicht "Heil Hitler!" gerufen habe. Der Vorsitzende will wissen, ob man auch gesagt habe, daß Pommern wieder zu Deutschland kommen würde. Ja, antwortet der Zeuge. Und der Angeklagte habe gesagt, er würde den Zeugen kalt machen, wenn er den Befehl dazu bekäme. Der Angeklagte bestreitet diese Aussage.

Und nun wendet man sich der "Verlezung" des Boris zu. In der Anklageschrift wird von einer Beule gesprochen. Der Zeuge sagt aus, er habe eine Wunde nicht gehabt. Ob er sich zu Bett gelegt habe? Nein, antwortet der Zeuge. Und nachdem Kindermann, der Vater, es zugeschaut hat: Aber aufs Sofa habe er sich gelegt.

Rechtsanwalt Hoeppel fragt nun den Zeugen, ob er wisse, daß die Antipathie gegen ihn nicht schon aus jener Zeit herrührte, da sein Vater auf einer eigenen Liste zum Sejm kandidierte? — das weiß der Zeuge nicht. Ob die Schüler aus den Zeitungen nicht gewußt haben können, welche Rolle sein Vater damals spielte? — Der Zeuge zuckt mit den Achseln. Ob der Vater sich öfters an den Direktor wegen des angeblich so zahlreichen Schlägen des Zeugen gewandt habe? — Nur einmal, wahrscheinlich, er wisse es nicht. Ob der Zeuge gesagt habe, daß Hitler das Reichstagsgebäude in Brand gesteckt habe? — Nein. Als ein Lehrer bei einem Schüler ein Notizbuch sah, das ein Hakenkreuz trug, was habe er da gesagt? — Der Schüler sollte es wegstecken.

Und dann gab es einen außerordentlich dramatischen Höhepunkt bei der Vernehmung des Zeugen: Er soll die Frage beantworten, ob der Vater gesagt habe, es liege ihm bei der Klage gar nicht an der Bestrafung des Angeklagten, sondern daran, sich an den Lehrern der Anstalt, Dr. Müller und Rombusch, zu rächen, so daß diese von der Schule beseitigt würden, denn zu ihm, dem Anwalt, habe Kindermann sen. das nämlich gesagt.

Boris Kindermann antwortet auf diese Frage nicht, er drückt und sucht nach einer Antwort und erst als der Vater ihm etwas zugeschaut hat, sagt er, er wisse nichts davon. Bei der Enige des Raums, in dem sich die Verhandlung abspielt, ist diese Vorsagerei leider möglich, da der Zeuge direkt neben seinem Vater steht.

Damit war der erste Akt dieses Prozesses beendet. Er wird am 12. Mai fortgesetzt. Als Zeugen werden dazu noch geladen Prof. Grech, Dr. Müller und der Schüler Lindner. Vier Stunden Berichtsverhandlung mit politischem Hintergrund wegen eines Schläges gegen einen Mitschüler. Die Verhandlung hat interessante Perspektiven eröffnet, abgesehen von den Hintergründen dieser Schlägerei, die der Vorsitzende kennenlernen wollte! Er hat Zusammenhänge aufgedeckt, die ungemein wertvoll sind und sehr deutlich das Wort illustrieren, das bei den deutsch-polnischen Besprechungen in Berlin gefallen ist: Leidenschaftslos sollen beide Völker an die Lösung der beiderseitigen Fragen herangehen.

Und aus dem Unterbewußtsein steigt dem Berichterstatter plötzlich bei der Niederschrift dieser Zeilen ein Bild in die Erinnerung: Der Herr Privatkläger und sein Anwalt in angeregtem Gespräch mit dem Herrn Vertreter des Schulratkuratoriums während einer der Pausen auf dem Gerichtskorridor. Eine kleine, aber immerhin interessante Episode.

Die ersten Entstellungen und Lügen.

Wie schon oben erwähnt, hat die polnische Presse die Gelegenheit wahrgenommen, um gegen das Deutschtum zu Feste zu ziehen. Die "Gazeta Bydgoska" überzeichnet den ersten Bericht dieses Prozesses mit der Überschrift "Heil Hitler im Gymnasium! Ein Prozeß, der die Zustände, welche am heutigen deutschen Gymnasium herrschen, beleuchtet". U. a. schreibt das Blatt, die Verhandlung hätte bewiesen,

dass man in den Geschichtsstunden den Kindern die aktuelle Politik in Deutschland lehre. Wie aus unserem Bericht hervorgeht, ist dies nicht der Fall gewesen. Weiter weiß die "Gazeta" zu melden, dass die Schüler dieses Gymnasiums in braunen Hemden mit Hitlerabzeichen zum Unterricht kämen. Die Verhandlung hat, das muß ganz energisch festgestellt werden, die Unrichtigkeit dieser tendenziösen Meldung gleichfalls bewiesen.

Der "Dziennik Bydgoski" opfert diesem Prozeß eine ganze Seite, die er mit einer vierseitigen verlogenen Überschrift versieht: "Schüler-Sturmabteilungen Hitlers im Privatgymnasium in Bromberg".

Im weiteren Verlauf des Artikels verweist das Blatt in bekannter Verdrehung der Tatsachen auf die Bewegungsfreiheit der Deutschen in Polen und auf die Unterdrückung, die die Polen in Deutschland angeblich erleiden. Schließlich sagt der "Dziennik", der Prozeß beleuchte nicht nur die nationalsozialistischen Propaganda-Methoden, sondern auch die Verhältnisse, die in gewissen deutschen Zentren in Polen herrschen. Dieser Prozeß enthüllte eine Hitler-Berührung (1) auf polnischem Boden im deutschen Privatgymnasium in Bromberg und die "Verwilderung", die unter der dortigen deutschen Jugend herrscht. Im übrigen muss man wissen, daß in Bromberg schon lange Verschwörerkräfte an der Arbeit sind. Dort war der Deutschtum besonders tätig und der von seinen antipolnischen Aufritten genugsam bekannte Führer desselben, der Abgeordnete Graeb.

Der "Dziennik" und mit ihm alle Kopfbücher dieses der Regierung nahestehenden Organs Pommerevers schreibt:

"Ein sensationeller Prozeß begann am 6. d. M. im Bromberger Bürgergericht. Dieser Prozeß wirft ein krasses Licht auf die Hitler-Propaganda, deren Ziel, deren unterirdische Arbeit auch auf polnischem Boden zu wirken beginnt. Hitlers "nationale Revolution" kompromittiert in der ganzen Welt, kann sich ruhig in den Grenzen des Reiches entwickeln und im eigenen Staat Rekorde erringen. Mit dem Augenblick aber, wo sie auf polnischen Boden übergreift und in der ihr speziellen aktiven Art wird sie einer entschiedenen Abwehr sowohl von Seiten der Bevölkerung als auch der Staatsbehörden begegnen."

Die Hitler-Propaganda in Polen versucht zunächst die deutsche Minderheit zu erfassen, die alle Freiheit in Polen genießt. Diese Propaganda schafft unter der Minderheit ihre Zellen. Dass solche Hitler-Zellen bereits auf polnischem Boden existieren, das beweist der Bromberger Prozeß.

In einem Punkt hat die polnische Presse die Wahrheit geschrieben: der Prozeß ist in seiner Aufführung wirklich eine Sensation. Es ist uns in der ganzen Schulgeschichte der Welt kein einziger Fall bekannt, in dem die Prügelerei von zwei Sekundanern, die derart harmlos ver-

ließ, wie im Fall Kindermann vor der Vorau des Gerichts gebracht wurde. Der Vater Kindermann hat von der Schule kategorisch die Entfernung des Schülers verlangt, der seinem Sohn eine Tracht Prügel versetzt hatte. Wenn alle Väter von Schülern so verfahren würden, dann gäbe es auf keiner Schule Schüler mehr. Das Deutsche Privatgymnasium in Bromberg hat indessen ein strenges Exempel statuiert und dem jungen Krüger das consilium abeundi (die Drohung mit der Entfernung von der Anstalt) gegeben. Und trotzdem noch dieser Prozeß, der nach unserem Dafürhalten die Majestät der Gerichtsbarkeit beleidigen muß.

Es kommt auf die Hintergründe an, jawohl, auf diese und auf jene. Wir denken an den Vater Schule-Prozeß, in dem die Herren Danilewski, Gebauer und Dr. Jakob eine Rolle spielen, lauter Männer, die unsere Einheit zerstreuen wollten. Hier spielt Herr Leon Kindermann mit seinem Sohn Boris und mit dürfstigen Material die gleiche Rolle. Unseren Leuten ist die Aussage des Zeugen Settels über die Stellung Kindermanns gegenüber dem Deutschtum, die vor dem gleichen Bromberger Gericht klarlegt wurde, noch in lebhafter Erinnerung.

Was jetzt im polnischen Blättermald rauscht, ist Hecke und Verleumdung. Es gibt keine Hitler-Zelle am Deutschen Gymnasium, wenn auch nicht bestritten werden kann, daß ein derart elementares Ereignis, wie es die nationale Revolution in Deutschland darstellt, nicht ohne Eindruck auf naturgemäß radikal empfindende Schüler bleibt. Es gibt in Paris eine französische Gesellschaft der Freunde Hitlers. Es gibt viele Polen, die laut ihre Sympathie für Hitler geäußert haben. Das hat nichts damit zu tun, daß jene Franzosen oder Polen treue Bürger ihres Staates sind.

Wir Deutschen in Polen haben allen Anlaß, in dieser Frage die gleiche Besonnenheit und den gleichen Takt zu bewahren, der bisher der Ruhm unseres Volkstums gewesen ist. Der Hinweis auf den Deutschtumskind-Prozeß, den der "Dziennik Bydgoski" sich leichtfertig erlaubt, ist dafür Beweis genug. Die deutsche Schule hat die Pflicht und erfüllt sie treulich, mit pädagogischem Geschick (nicht aber mit kriminalistischen Aspirationen) dem deutschen Schüler zugleich die Treue zum Volkstum und die Treue zum Staat ins Herz zu schreiben. Wir haben noch niemals gehört, daß man einen polnischen Schüler in Preußen von der Schule entfernt hat, weil er den Nationalhelden des polnischen Volkes, den Marschall Piłsudski, hochleben ließ. Wir würden das für einen Wahnsinn halten, und die polnische Presse würde uns gewiß beipflichten. Wer aber von unseren polnischen Kollegen wagt daran zu zweifeln, daß es solche Heilrufe unter auslands-polnischen Schülern gegeben haben könnte?

Gleichschaltung auch in Polen?

Die Nationaldemokratie will Reformen.

Bei einer Würdigung der Bedeutung der Verfassung vom 3. Mai 1791 schreibt die nationaldemokratische "Gazeta Warszawska" u. a.:

Wir sehen, daß sich fast auf dem ganzen Gebiet der Bivilisation eine starke Welle nationaler Bewegung erhebt, die darauf abzielt, grundfäßliche Veränderungen durchzuführen. Es bilden sich neue staatliche Formen, es gestalten sich die sozialen Verhältnisse um, die an die Grundlagen der Organisation des wirtschaftlichen Lebens reichen. Die siegreiche nationale Revolution, die bereits in einigen Weststaaten zur Schaffung einer nationalen Regierung geführt und eine Reform des Staates von Grund aus begonnen hat, leitet jetzt in der ganzen Welt ähnlich wie die große französische Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts eine neue Epoche der Geschichte der Menschheit ein. Polen kann nicht abseits stehen bleiben. Auch bei uns muss es zu tiefen Umwandlungen und zu einer grundsätzlichen politischen Aenderung kommen. Neben uns passen die Staaten ihr System und ihr politisches Leben den neuen Forderungen des Lebens an. In ihren Reihen befindet sich auch Deutschland, das ähnlich wie im 18. Jahrhundert eine Teilung Polens anstrebt. (Das ist eine glatte Unwahrheit! D. Red.) Um den neuen Aufgaben gerecht zu werden, müssen wir unseren Staat und unser Volk den großen Aufgaben, die vor uns stehen, anpassen. Die Mai-Reform (gemeint ist hier die Schaffung der Verfassung vom 3. Mai 1791) war zu spät gekommen und war nicht imstande, die Republik vor dem Zusammenbruch zu retten. Wir denken daran, daß die Reform und der Umbau des polnischen Staates rechtzeitig kommen muss, um die Macht und die Kraft des Staates zu erhöhen."

Was für Reformen das Blatt eigentlich will, läßt es weislich im Dunkeln; sicherlich ist es nicht eine nationale Reform im Sinne gewisser westlicher Mächte, deren nationale Erhebung es zu der obigen Betrachtung angeregt hat — es sei denn, daß es das "Nationale" mit dem "Nationaldemokratischen" gleich setzt. Nationaler, sagen wir ruhig: nationalistischer kann man nämlich nicht sein, als es im jungen Polen von jeher üblich war.

Dr. Brünning — Führer des Zentrums.

Nach dreitägigen Beratungen des Vorstandes der Zentrumsparthei wurde eine Entscheidung gefasst, wodurch Reichskanzler a. D. Dr. Brünning zum Führer der Partei gewählt wurde. Dr. Brünning, der die Wahl annahm, erhielt Vollmacht für die Umbesetzung der übrigen Parteämter und zu einer Reorganisation der Partei. Die Mitglieder der Reichstags- und Landtagsfraktion haben ihre Bereitschaft erklärt, Dr. Brünning ihre Mandate zur Verfügung zu stellen. Die Tagung gab dem besonderen Wunsche Ausdruck, mit anderen Gruppen des nationalen Front zusammenzuarbeiten und sieht als das Ziel ihres Kampfes die Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung Deutschlands mit anderen Ländern an.

Die "Deutsche Tageszeitung" bemerkt zur Wahl Dr. Brünning: "Die Wahl ist um so bemerkenswerter, als in den letzten Wochen Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Brünning und den bisherigen Führern der Zentrumsparthei bestanden."

Dr. Oberfohrmann begeht Selbstmord.

Berlin, 8. Mai. (PAT) Der langjährige Reichstagsabgeordnete und einstige Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Oberfohrmann, beging am Sonntag durch Erschießen.

Der erste 58 Jahre alte Abgeordnete war in den letzten Wochen seelisch gebrüllt wegen übertriebener Gerüchte, die gegen ihn in Umlauf gebracht wurden sowie wegen verschiedener Angriffe der ihm feindlichen Presse. Rund drei Jahre lang hat Oberfohrmann die deutschnationale Reichstagsfraktion geleitet. Als er dieses Parteiamt übernahm, tat er es als ausgeprochener Vertrauensmann des Parteiführers Hugenberg. Die deutschnationale Partei, die im Frühjahr 1930 bei den Verhandlungen um die Bildung des Kabinetts Brüning entstand, brachte den Rücktritt des Grafen Westarp von der Fraktionsführung und später sein Ausscheiden aus der Fraktion. Zur Krise zwischen Oberfohrmann und Hugenberg ist es erst in der allerletzten Zeit gekommen.

Selbstmord der Tochter Scheidemanns.

Berlin, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung) In Berlin-Friedenau hat am Sonntag die Tochter des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Scheidemann gemeinsam mit ihrem Manne, einem Bankbeamten namens Rab, Selbstmord verübt.

Aufland verläuft die ostchinesische Bahn.

Tokio, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung) Die japanische Telegraphen-Agentur "Nengo" meldet, daß Außenminister Litwinow dem japanischen Botschafter in Moskau die Bereitwilligkeit der Sowjetrussischen Regierung mitgeteilt habe, die ostchinesische Eisenbahn an Japan und die Mandchurie zu verkaufen. Der japanische Botschafter hat diesen Vorschlag Litwinows der japanischen Regierung in Tokio übermittelt.

Aus amtlichen japanischen Kreisen wird hierzu berichtet, die Japanische Regierung sei mit dem Vorschlag Litwinows im Wesentlichen einverstanden und wolle unverzüglich mit Moskau bezüglich der Verkaufsbedingungen in Verbindung treten. Sowjetrussland fordert angeblich für die Eisenbahn 300 Millionen Rubel in Gold. Japan hingegen sei bereit, 80 Millionen Yen anzubieten. Es seien dabei drei Zahlungsmöglichkeiten vorgesehen. Die eine besteht darin, eine Aktiengesellschaft zur Tilgung der Verpflichtungen an Aufland zu bilden. Die andere sieht die Ausgabe von langfristigen Obligationen vor. Die dritte Möglichkeit besteht in der Barzahlung.

Konferenz der Agrarstaaten

vor der Weltwirtschaftskonferenz.

Bukarest, 6. Mai. (PAT) Die Rumänische Regierung hat nach einer vorhergehenden Verständigung mit der polnischen Regierung eine Konferenz der Agrarstaaten nach Bukarest für die Zeit vom 4. bis 6. Juni einberufen. Die Konferenz soll u. a. die Richtlinien festsetzen, welche die Agrarländer auf der Weltwirtschaftskonferenz einzuhalten gedenken.

Der Bremer "Weser-Zeitung" wird von ihrem Balkan-Korrespondenten aus Bukarest geschrieben:

Heißer Frühling.

Wie nun der Tag in jeller Klarheit steht
Bei dieses Himmels wundervoller Bläue!
O hüt dein Herz! In solchem Frühling geht
Auf irren Wegen selbst die Treue.

Leicht schauelt sich der Sehnsucht sinnles Boot,
Und immer füher lohnt und lacht die Ferne,
Sie lohnt im Morgen- und im Abendrot,
Im fühlten Wunderreich der Sterne.

Geheime Mächte ziehn und irren dich,
Wie eine Flamme lohnt die Lust der Erde,
Heiß wird dein Herz und drängt und wendet sich
Dem stillen Glück am eigenen Herde.

Biel tausend Rosen blühn ja fern im Grund,
Sie warten nur, sich dir zum Kranz zu flechten,
Auch spricht im Schlaf manch roter Mädchennmund,
Der ungeföhrt in diesen Sehnsuchtsnächten.

Es glänzt die Nacht, und überm Tage steht
Verklärt des Himmels wundervolle Bläue —
O hüt dein Herz! In solchem Frühling geht
Auf irren Wegen selbst die Treue!

Karl Busse
geb. 12. 11. 1872 in Lindenstadt bei Wien,
gest. 3. 12. 1918 in Berlin.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verpflichtung angetragen.

Bromberg, 8. Mai.

Strichweise Niederschläge.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wieder leicht ansteigende Temperaturen mit strichweisen Niederschlägen an.

Führende skandinavische Kirchenmänner in Polen

Im Laufe dieser Woche treffen in Posen einige führende Persönlichkeiten der evangelischen Kirche der skandinavischen Länder, und zwar aus Schweden, Norwegen und Dänemark ein, um zunächst die Unierten Evangelische Kirche zu besuchen und kennen zu lernen. Am Donnerstag, dem 11. Mai, findet aus diesem Anlaß eine gottesdienstliche Feierstunde in der Posener Kreuzkirche statt. Die Gäste verlassen Posen am 12. Mai und haben die Absicht, auch die anderen evangelischen Kirchen in Polen zu besuchen, so daß sie eine Rundreise nach Warschau, Lodz, Krakau, Lemberg, Stanislaw und Teschen führt.

ps.

Mairegen.

Eigentlich mag doch niemand so recht den Regen leiden. Regen, das ist etwas Unangenehmes, damit verbindet sich die Vorstellung von naß glänzenden Straßen, von trübem, wolkenschwerem Himmel, von um die Ecke fliehenden Autos, die uns bereitwilligt den guten, neuen Mantel von oben bis unten beschützen, von ärgerlichen, unfreundlichen Besichtern. Das ist Regenwetter — für gewöhnlich! Aber es gibt auch noch einen anderen Regen, der mit Freuden begrüßt wird, den man sogar als „Goldes wert“ preist, der seinen Reiz und seine Poesie besitzt: „Mairegen bringt Segen“ singt eine alte Volksweise. Von Mairegen lebt so mancher fromme Glaube und manche Sage im Volke. Mairegen, das ist ein sanftes Sprühnen, nach dem die erquickte Erde fröhlicher duftet und alle Blumen farbiger prangen.

Eine heilende Wirkung soll von dem Mairegen ausgehen, er soll namentlich gut gegen — Sommersprossen und Künzeln sein. In vielen Gegenden singt deshalb die holde Weiblichkeit das kostbare Himmelsnaß in Tüpfen und Schalen auf, um damit die wundertätigen Schönheitswaschungen vornehmen zu können. Auch gegen Kopf- und Nervenschmerzen soll der Mairegen helfen, wenn man unbedeckten Hauptes im Freien spazieren geht. Die Kinder laufen hinunter in den Regen, denn er verpricht auch das Wachstum zu fördern. Natürlich liegt in diesem Wunderglauen, wie fast in jedem Aberglauben, ein Körnchen Wahrheit. Der Mairegen ist wärmer und reiner als der im März und April fallende. Das weiche Wasser, frei von Salzen und Verunreinigungen, hat einen guten Einfluß auf empfindliche Haut. Und es ist Tatsache, daß ein Spaziergang im Regen oder kurz danach in der frischen, davonhaltigen Luft von wohltuender Wirkung auf die Kopfnerven sein kann.

„Mai kühl und naß, füllt dem Bauern Scheuer und Tasch“, so lautet eine alte Bauernregel. In der ersten Hälfte des Monats wenigstens hat uns der Wettergott noch mit Kühle und Nässe verschont.

Die Landwirte haben dringend nach Regen verlangt. Nach dem gestrigen schwülen Sonntag kam er endlich in der letzten Nacht und hat das Seine zur Erfrischung beigebracht.

Der Deutsche Frauenverein (früher Vaterländischer Frauenverein, gegründet 1867) beging in diesen Tagen in seinem Altersheim in Schwedenhöhe die Geburtstagsfeier dreier Insassinnen im Alter von 97, 91 und 90 Jahren, und zwar der Frau Karoline Lück, geb. 1826, der Frau Hulda Schmeichel, geb. 1842 und der Frau Pauline Eilenberg, geb. 1848. Während Frau Lück trotz ihrer 97 Jahre und eines Oberschenkelbruchs, den sie im letzten Winter glücklich überstanden hat, sowie Frau Eilenberg sich noch guter Rüstigkeit erfreuen, ist Frau Schmeichel seit ihrem 50. Lebensjahr gelähmt und kann das Bett nicht verlassen, doch ist sie dankbar und glücklich über alles, was ihr durch die treue Fürsorge der Leiterin des Heims, Schwester Hedwig Winke, zuteilt wird. Pfarrer Pirwitz hielt eine würdige, gemäßvolle Ansprache, die durch die 97jährige Frau

Lück durch Buruf öfter bestätigt wurde. Anwesend waren der Vorstand des Deutschen Frauenvereins und die Schwestern der anderen Stationen desselben, sowie mehrere Gäste.

Der hiesige Geflügelzüchterverein (gegründet 1891) hielt am 6. Mai d. J. im Gasthaus von Wichert eine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst die Schriftführerin über den Stand der Eintragung des Vereins in das Vereinsregister berichtete. Hierauf hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die Aufzucht des Wassergeflügels und schloß die Aufzucht junger Enten und Gänse, namentlich empfahl er die Aufzucht von Gänzen allen den Geflügelzüchtern, die Grasweide haben, als die einträglichste und leichteste Geflügelzucht, wenn sie recht betrieben wird. Zum Schluß stellte er allgemeine Grundsätze für die gesamte Geflügelzucht auf, die beachtet werden müssten, wenn Fehlgriffe und Entäuscherungen vermieden werden sollen. An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache an.

Wegen Diebstahls hatte sich der 20jährige Arbeiter Jan Szczepanski aus Nakel vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte stahl in der Nacht zum 12. Oktober v. J. dem Landwirt Wiese fünf Bentner Getreide und einige Bentner Kartoffeln, die er mit einem Wagen weggeschafft. Bei dem übermaligen Versuch, dem Landwirt einen Besuch abzustatten, wurde er gefasst und der Polizei übergeben. Der Angeklagte bekannte sich zu dem Diebstahl und wurde vom Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Zwei Freunde. Zwischen den beiden Landwirten Czeslaw Skonieczny und Wacław Jurek aus dem Kreise Szin bestand ein enges Freundschaftsverhältnis. Beide halfen sich häufig aus gegenseitigen Geldverlegenheiten, gaben sich abwechselnd Wechsel und unterstützten sich in jeder Weise. Eines Tages erhielt nun der eine der Freunde, Jurek, drei Wechsel in Höhe von 1500 Złoty mit der höflichen Mahnung präsentiert, diese umgehend einzulösen. Sein Erstaunen darüber war sehr groß, zumal er sich beim besten Willen nicht daran erinnern konnte, die Wechsel ausgestellt zu haben. Es half ihm jedoch nichts; sein Name stand nun einmal auf den Wechseln und so blieb ihm auch nichts weiter übrig, als diese einzulösen. Als er die Wechselgeichte seinem Freunde S. erzählte, gestand ihm dieser freimütig, daß er der Aussteller der Wechsel sei und sich erlaubt habe, diese nicht mit seinem, sondern mit dem Namen des Freundes zu unterschreiben. Die Nachahmung der Unterschriften habe ihm zwar einige Mühe bereitet. Da nun bekanntlich in Geldsachen die Freundschaft aufhört, ging auch unserm Landwirt, die Eigenmächtigkeit seines Freundes, die ihm 1500 Złoty geflossen hatte, zu weit, weshalb er in seinem Born gegen diesen Anzeige beim Staatsanwalt erstattete. S. hatte sich nun vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Wechselfälschung zu verantworten, wo er jedoch erklärte, sein Freund habe ihn zur Unterschrift der Wechsel befugt. Im übrigen habe er dem J. dem es gewiß schon leid sei, daß sein „Beste“ Freund jetzt auf der Anklagebank sitze, das Geld bereits zurückgezahlt. J. bestätigte die Rückzahlung des Geldes und schließlich kommt es zwischen beiden Freunden vor Gericht zu einer Versöhnung. Da J. gleichfalls die Möglichkeit, dem S. die Erlaubnis zur Unterschrift der Wechsel gegeben zu haben, nicht ausschließt, spricht das Gericht den Angeklagten frei. Beide Freunde verlassen zufrieden den Gerichtssaal.

Die Hand durchbohrt wurde dem 25jährigen Friseur Sylvester Kaniewski, hier, Prinzenstraße (Lokietka) 4, wohnhaft. Während einer Eiferichtszene zwischen K. und seiner Braut, ergriff die letztere in einem Wutausfall plötzlich ein Messer und durchbohrte damit die rechte Hand ihres Bräutigams. Der Verlehrte fand Aufnahme im Städtischen Krankenhaus.

Ein Verkehrsunfall ereignete sich am Sonnabend nachmittag auf der Wilhelmstraße. Als aus Schrötersdorf ein Straßenbahnwagen kam und auf ein zweites Gleis fuhr, wollte ein Brauerei-Lastauto den Straßenbahnwagen überholen und fuhr mit voller Wucht gegen den leichtenen, wobei das Borderteil aus den Schienen geschleudert wurde. Die Polizei, die sofort zur Stelle war, nahm ein Protokoll auf und sorgte für die Beseitigung des Hindernisses. Wie festgestellt wurde, ist das Auto durch einen Monteur geleitet worden, der keine Fahrerlaubnis besitzt. Personen kamen bei dem Unfall glücklicherweise nicht zu Schaden.

Keine Verhaftung. Zu unserer in der letzten Ausgabe veröffentlichten Notiz über die Verhaftung des Kaufmanns Jan Belinski erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß eine Verhaftung auf Anordnung des Untersuchungsrichters nicht erfolgt ist. B. ist zwar in einer bestimmten Angelegenheit verdächtigt und vernommen worden, aber sofort auf freien Fuß gesetzt worden, da die Haltlosigkeit der Angaben sich erwies.

Bvereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Arbeitstagung für Kindergottesdienste. Zur Förderung der wichtigen Helferarbeit im Kindergottesdienst wird der wie sonst alljährlich stattfindende Lehrgang in diesem Jahre etwas erweitert. Er beginnt am Freitag, dem 26. Mai, nachmittags, und dauert bis Dienstag, dem 30. Mai. Tagungsort ist Gągęolina. Die Tagung steht unter der Leitung von Superintendent Schulze aus Gnesen. Mitarbeiter sind Pfarrer Giechadt - Posen, Pfarrer Stefanek - Thorn, Pfarrer Werner - Glin und Präulein von Klodzko. Die Teilnahme wird hoffentlich, der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechend, in diesem Jahre ebenso zahlreich sein, wie sonst. Anmeldungen werden bis zum 20. Mai an Superintendent Schulze in Gnesen (Gniezno) erbeten.

Gnesen (Gniezno), 6. Mai. Einbrecher verschafften sich in der Nacht zum Sonnabend Eingang in die Adler-Apotheke, erbeuteten hier aber nur 10 Złoty.

Der größte Saal von Gnesen „Wenecja“ wird wegen Baufälligkeit abgebrochen.

Der gestrige Wochenmarkt war gut besucht und hatte großen Besuch aufzuweisen. Butter kostete das Pfund 1,30—1,40, die Mandel Eier 0,80—0,90. Groß war das Angebot in Spargel und wurde das Pfund mit 0,80—1,00 bezahlt.

Gnesen (Gniezno), 6. Mai. Eingebrachten wurde in das Geschäft der Frau Weiß, Wroclawierstraße Nr. 45. Die Diebe stahlen Lebensmittel im Werte von 45 Złoty. Der Polizei gelang es, die Täter festzunehmen.

Überfahren wurde in Gnesen auf der Posenerstraße in der Nähe des Domes der Radfahrer Ignaz Pukka aus Piešťany von einem Autobus. Er erlitt Verwundungen am Kopf und an den Händen.

Schmerzen Rheumatismus



In Nowy Dwór, 8. Mai. Am gestrigen Sonntag fand im Beisein der Spitzen der hiesigen Behörden und des Brandinspektors aus Posen sowie 200 auswärtiger Feuerwehrleuten und verschiedener Delegationen die feierliche Einweihung der von den aktiven Feuerwehrmannschaften gestifteten Fahne sowie des neuen Motorwagens, der von den Mitgliedern der Feuerwehr mit Unterstützung der Bürgerschaft angeschafft wurde, statt. Nachdem den Feierlichkeiten am Sonnabend abend ein Zapfenstreich vorangegangen war, versammelten sich am Sonntag vormittag sämtliche hiesige Vereine zu einem Gottesdienst in der Nicolaikirche, wo auch die Einweihung der Fahne stattfand. Darauf wurde auf dem Marktplatz der Motorwagen feierlich eingeweiht. Der Nachmittag brachte Übungen auf dem Feuerwehrübungplatz, Konzert mit verschiedenen Überraschungen und Verlosungen, bis am Abend sich die Teilnehmer zu einem gemütlichen Beisammensein und Tanz in den Räumen des Park Wieski zusammenfanden. An allen Veranstaltungen nahm die Bürgerlichkeit recht regen Anteil.

Pudewitz (Pobiedziska), 7. Mai. Dieben schlügen bei dem Landwirt Wenge in Jankowo-Hauland in die äußere Front der Schweinstallmauer ein großes Loch und stahlen eine drei Bentner schwere hochtragende Sau. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Posen, 7. Mai. Am Freitag stürzte der fünfjährige Leszek Drzewiecki aus der Quellenstraße in eine Grube mit ungünstigem Kalk und zog sich erhebliche Verletzungen zu.

Bei einem Einbruch stahl in die Wohnung des Kaufmanns Karl Wehl, fr. Alleestraße 4a, wurden Schreibmaschinen und Bureauantiken im Werte von rund 1200 Złoty gestohlen. Aus dem Geschäft der Firma „Bogda“ in Wintary stahlen Einbrecher Waren im Werte von 400 Zł.

In einem Schuppen der Ostromarschstraße in Gutschin, der von einem Arbeitslosen als Wohnung benutzt wurde, brach ein Brand aus, dem die ganze Wohnungseinrichtung des armen Mannes zum Opfer fiel. Das Feuer wurde von der Feuerwehr in einer Stunde gelöscht.

Kleine Rundschau.

Ein 25jähriger Chines.

Das Reuter-Bureau meldet aus China, daß in der Ortschaft Tiah-Sien ein Chines namens Li-Gin-Jun, seines Zeichens Landwirt, gestorben ist, der der älteste Mensch Chinas und wohl der ganze Welt ist. Er zählt nicht weniger als 256 Jahre. Li-Gin-Jun ist im Jahre 1877 geboren, hatte mehrere Frauen und hinterläßt 70 Enkel und Urenkel, von denen der jüngste gegenwärtig 70 Jahre alt ist. Der chinesische Patriarch bewahrte sich bis zum letzten Moment geistige und körperliche Frische und sah aus, als ob er nicht älter als 70 Jahre wäre. Er befaßte sich in seinem Leben viel mit heilkraftigen Pflanzen und er schrieb sein hohes Alter dem ständigen Genuss einer besonderen nicht näher bezeichneten Pflanze zu.

Der Kampf gegen religiöse Sowjet-Briefmarken.

Kürzlich fand unter dem Vorsitz von König Albert von Belgien in Brüssel eine Versammlung statt, in der beschlossen wurde, Maßnahmen zu ergreifen zur Bekämpfung der antireligiösen Propaganda, die von den Sowjets mit Hilfe ihrer Briefmarken gemacht werden soll. Die Versammlung war veranlaßt worden durch den „Club Philatelistique des Invalides“; verschiedene ausländische Gesandte wohnten derselben bei.

Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß alle Regierungen dem Vorbild der Vereinigten Staaten folgen möchten. Dort hat man nämlich beschlossen, alle Postkarten, die mit antireligiösen und unsittlichen Briefmarken frankiert sind, als unfrankiert zu betrachten. Wie „Observatore Romano“ berichtet, wollen die Postämter in Sowjet-Rußland im Laufe dieses Jahres vom zweiten Fünfjahresplan „Zublümmsmarken zur Erinnerung an die Geburtstage verschiedener Gotteslämpner“ herausgeben.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 8. Mai 1933.

Kralau + 3,00, Jawischow + 0,94, Warschau + 0,94, Bloc + 0,61, Thorn + 0,56, Jordan + 0,60, Culm + 0,53, Graudenz + 0,71, Kurzebra + 0,86, Pieck + 0,06, Dirschau + 0,03, Einlage + 2,16, Schiewenhorst + 2,40.

Chef-Nebstaatsarzt: Gottbold Starke; verantwortlicher Nebstaatsarzt für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arnold Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Tell: Marian Geyk; für Anzeigen und Reklame: Edmund und Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 105.

Am 6. Mai, nachmittags 2¹/₂ Uhr, verschied sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der

Besitzer

Wilhelm Fröhlich

im 62. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Martha Fröhlich geb. Musolf
nebst Kindern.

Bydgoszcz, den 8. Mai 1933.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Ruska 18, aus statt.

Statt besonderer Anzeige.

Mein unigegliebter Mann, unser lieber treuer Vater und Großvater, der

Kaufmann

Ludwig Albrecht

ist im 80. Lebensjahre heute Nacht plötzlich sanft entschlafen

Fordon, den 6. Mai 1933.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Ottile Albrecht

geb. Winkelmann.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der evangelischen Kirche aus statt.

4025

Am 6. Mai rief Gott der Herr plötzlich nach einem arbeitsreichen und schaffensfreudigen Leben den Kaufmann und

Airchenältesten

1946

Herr Ludwig Albrecht

heim.

Seit 1915 gehörte er dem Gemeindesicherheitsrat an und hat in dieser Zeit mit der ihm eignen Energie und Gewissenhaftigkeit in unermüdlicher Treue unserer Gemeinde mit Rat und Tat gedient. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit.

Der Gemeindesicherheitsrat

Rutzen.

Fordon, den 8. Mai 1933.

Am 6. Mai verschied unerwartet im 80. Lebensjahre unser langjähriges Vorstandsmitglied, der

Kaufmann

Herr Ludwig Albrecht.

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen unermüdlichen und eifriger Förderer unserer Genossenschaft. Einer unserer Besten hat uns verlassen.

Sein vorbildlicher Charakter sichert ihm ein dauerndes Andenken.

4023

Vorstand und Aufsichtsrat der Spar- u. Darlehnstasse Fordon.

Erfolgr. Unterricht

Grabgitter

werden dauerhaft und billig lackiert und bronziert, sowie Inschriften vergoldet u. geschrieben

Paul Ruz, 1921 1000 für zt 2,50 Jawiasinsti, Bydgoszcz 1907

neben der Krantentasse

1940

Damenkleider,

eleg., eingen, fertigt an

Michejewski, Pomorska 54.

1940

Splissen liefert bei

1000 für zt 2,50 Jawiasinsti, Bydgoszcz 1907

Ugory 18.

1675

Schneiderin fertigt

u. ändert billig Kleider,

1675 Sientiewicza 43—1

3990

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675

1675</p

Bromberg, Dienstag den 9. Mai 1933.

Pommerellen.

8. Mai.

Graudenz (Grudziadz).

Die außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung

am Sonnabend abend hatte sich im ersten Punkt der Tagesordnung wieder mit dem Dekret des Wojewoden zu befassen, das bekanntlich eine Änderung, d. h. Herabsetzung der Ausgabenfumme des Budgets fordert. Da hierbei in allererster Linie eine Kürzung der Gehälter und Löhne der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter in Frage kommt, machen Sozialisten und Nationale Arbeiterpartei dagegen Front. Und so kam es denn, daß in dieser, übrigens bei weitem nicht voll besetzten außerordentlichen Sitzung der Stadtväter der Antrag des Magistrats, dem Verlangen der Wojewodschaft in bezug auf die Haushaltsausgaben-Berninderung zu entsprechen, erneut, wenn auch nur mit ganz geringer Majorität, abgelehnt wurde. Es soll gegen die Forderungen des Dekrets bei der zuständigen übergeordneten Stelle Einspruch erhoben werden.

Zweiter Beratungsgegenstand war die Magistratsvorlage, die Zustimmung zu der Aufnahme einer Anleihe von 100 000 Złoty zur Beschaffung von Arbeitslosen bei der Herstellung einer Kanalisation zur Gummisfabrik (PepeGe) zu erteilen. Es soll sich hier um einen neuen Arbeitsfonds als den Geldgeber handeln und der Betrag nur 1 Prozent betragen. Dieser Punkt der Tagesordnung wurde angenommen. Zum Schlusse kam noch ein Antrag der hiesigen Straßenbahner zur Erörterung. Diese wollen nämlich anstatt der bisherigen Stundenentlohnung einen entsprechenden Monatslohn beziehen. Der Antrag wurde der Elektrizitätswerks-Kommission zur weiteren Behandlung und Begutachtung überwiesen. Damit hatte die Sitzung nach etwa anderthalbstündiger Dauer ihr Ende erreicht.

× Sportklub Graudenz (SG). Als Abschluß der Saalsport-Saison veranstaltete die Radfahrer-Abteilung des SG am letzten Sonnabend abends im Clubhouse ein internes Saalsportfest. Der nicht gerade sehr zahlreiche Besuch war um so bedauerlicher, als die gezeigten sportlichen Leistungen recht gut waren. Schul- und Kunstreiten wurden durchaus flüssig gefahren und zeugten von dem Fleiß und dem vorzüglichen sportlichen Geist der Fahrer. Ein Duett-Kunstfahrer — P. Neubert, Malinowski I — wurde fehlerlos gefahren, ebenso das folgende Steuerwehr-Duett (Wodzak, Küpper, Palice, Malinowski I). Daran schloß sich ein Radball-Turnier um die Clubmeisterschaft, die in sechs äußerst spannenden Spielen ausgetragen wurde. Den Sieg und den Titel des Radballmeisters für 1933 errang die 1. Mannschaft (Gebr. Malinowski) mit 6 : 2 Punkten und 31 : 25 Toren, den 2. Platz belegte die zweite Mannschaft (Wodzak, Neubert) mit ebenfalls 6 : 2 Punkten und 24 : 20 Toren. Das bessere Torverhältnis, allerdings nur mit 2 Toren Unterschied, verschaffte der ersten Mannschaft den Sieg. Ein flottes Tänzchen vereinigte die Teilnehmer noch lange in fröhlicher Stimmung. — Den Beginn der Sommerrad-Saison beging die Radfahrerabteilung des SG am Sonntag nachmittag um 2 Uhr durch eine Ausfahrt nach Rudnik. Sie verlief bei guter Beteiligung in jeder Beziehung anregend und unterhaltsam.

t. Der leichte Wochenmarkt hatte zufriedenstellende Aufsicht zu verzeichnen. Butter kostete 1,80—1,50, Eier 0,90—1, Glühne 0,10—0,50, Apfel 0,80—1,20, Spargel gab es schon reichlicher, auch schon erheblich billiger, man kaufte dicke Spargel für 1—1,10, Suppenspargel kostete 0,60—0,80, Rhabarber 0,20—0,30, Spinat 0,20—0,25, Salat 0,10—0,15, Radisches 0,15, grüne Gurken 0,70—1,20 das Stück, saure Gurken 0,10—0,20, Weißkohl 0,15, Rotkohl 0,20—0,25, Mohrrüben 0,15, rote Rüben 0,10, Zwiebeln 0,20, Saatkartoffeln 3, Eiskartoffeln 1,80—2,20, Pfund 0,08; Suppenhühner 2,50—3, Tauben Paar 1,10—1,20, Puten 5—9, Enten 3,70—4, Gänse Pfund 0,90. Auf dem Fischmarkt gab es große Aale zu 1,50 bis 1,80, kleine 1,20—1,30, Hechte 0,90—1, Schleie 0,80, Bande 1,30, Plötz 0,50—0,60, kleine Karawanken 0,60—0,70, Krebs Stück 0,05—0,15.

× Straßenunfall. Von einem der Krankenkasse gehörigen Auto wurde am Freitag der sechsjährige Knabe Tadeusz Lange, wohnhaft Czernecki-Kaserne, angefahren. Hierbei trug der Junge einige leichtere Verletzungen (Hautechirurgien) davon. Er wurde mit dem gleichen Auto der Klinik der Krankenkasse zugeführt.

× Von einer explodierenden Würgpatrone, die er gefunden hatte, wurde der neunjährige Jan Jurkiewicz, Pilzstrasse 96, im Gesicht sowie am linken Arm verletzt. Er hatte die Patrone gefunden und daran herumhantiert, so daß die Explosion erfolgte. Nach Anlegung eines Verbundes erfolgte die Überführung des Verwundeten in die Klinik der Krankenkasse.

Thorn (Toruń).

≠ Auf der Eisenbahnbrücke machen die Arbeiten zur Verstärkung der über die Basarkämpe führenden Partie günstige Fortschritte. Die Verstärkungsunterzüge von Pfosten zu Pfosten sind zum größten Teil bereits verlegt und die Stütz- und Tragebögen darüber montiert. Vorerst sind die neuen Eisenkonstruktionen mit roter Rostschutzfarbe überpinselt; der Gesamtanstrich in grauer Farbe soll erst nach volliger Fertigstellung aller Arbeiten erfolgen. — Die Regelung des Fuhrwerks- und Autoverkehrs an der Arbeitsstelle hat sich gut eingespielt und der Fahrverkehr geht fast ohne jede Störung vor sich.

≠ Konkurrenz? Der im Hause Gerechtestraße (ul. Prosta) 33 befindlichen Plättanstalt, die sich hier vor kurzer Zeit etabliert hat, wurde in der Nacht zum Sonnabend die Schaufensterscheibe vollständig mit Leinwand beschädigt. Der Inhaber glaubt, daß ein lieber Konkurrent ihm diesen „Schabernack“ gespielt hat. Eine polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

× Zwei Radabläder schlugen in der Nacht zum Donnerstag die Schaufensterscheibe des Konfektionsgeschäfts der Firma „Franzoli“, Breitestraße (Szeroka) 11, ein. Die Polizei führte ein Protokoll.

v Zwei Fahrraddiebstähle. Dem Landwirt Jan Witkowski aus dem Briesener Kreise wurde das in einem Hausflur der Seglerstraße (Biegarska) zurückgelassene Fahrrad gestohlen. Das gleiche Schicksal widerfuhr dem an Thorner Holzhausen wohnhaften Bolesław Drojewski, der sein Fahrrad auf dem Rathaushof unbeaufsichtigt stehen gelassen hatte. — Stacheldraht und 7 Zaumpfähle wurden von der Umzäunung des Spitals zum Guten Hirten in Mocker gestohlen.

ef. Briesen (Wahrzeźno), 7. Mai. Ungebetene Gäste statteten der Wohnung des Landwirts G. Görke in Cymberg einen unerwünschten Besuch ab und ließen dabei zehn Landbrote, sowie eine größere Menge Tischwein mitgehen.

tz Konitz (Chojnice), 6. Mai. Zwei junge Leute aus Altig-Briesen, Rudnik und Olaf, wurden erfaßt, als sie Nähe stehen wollten. Die Männer gerieten ins Handgemenge. R. riß sich los und holte aus seinem Hause eine Jagdflinte, aus der der zwei Schüsse auf seine Verfolger abging, wodurch einer leicht verletzt wurde. Die beiden Diebe wurden verhaftet.

Unbekannte Diebe drangen in den Hühnerstall des Eisenbahnern G. Zarkowski ein, und schlachteten zwölf Hühner ab, die sie stahlen.

Die Ursache des Feuers in Lipnic ist festgestellt worden. Ein 11jähriger Junge hatte sich eine Zigarette angezündet und das brennende Streichholz neben einen Strohstaken geworfen, der sofort aufflammt. Der entstandene Schaden beträgt etwa 100 000 Złoty und ist durch Versicherung gedeckt.

Bei der Generalversammlung der Freiwilligen Feuerwehr, zu der fast die ganze Wehr erschienen war, hielt der Vorsitzende Prof. Wagner nach der Begrüßung der Ehrengäste eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung des Floriantages hinwies. Der Kommandant berichtete über die demnächtige Inbetriebsetzung der Motorspritze und über die Umänderung des Konitzer Alarmwesens. Es wurde ein Präventionsystem eingeführt für rechtzeitige Stellung der Pferdegespanne. Nach der Versammlung fand noch ein gemütliches Beisammensein statt.

Ein Einwohner aus Konitz meldete der Polizei, daß ihm von einem Agenten aus Altkischau wertlose Papiere als angebliche Wertpapiere verkauft worden wären und er dadurch um 200 Złoty betrogen worden sei.

Der heutige Wochenmarkt war gut besucht. Butter kostete 1,20—1,40, Eier 0,80—0,90, Ferkel 32,—40,00 Złoty.

f Strasburg (Brodnica), 6. Mai. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag nachmittag. Auf dem alten Schulplatz schoß von den dort spielenden Kindern ein sechsjähriger Junge mit Knallkörpern, wobei aus dem einen Körper Flammen schlugen und diese die Kleider der daneben stehenden und zuschauenden 11jährigen Tochter des Herrn Wojnowski ergriessen. Im Augenblick stand das Kind in hellen Flammen. Passanten eilten zu Hilfe und erstickten das Feuer, wobei sich eine Person die Hände verbrennte. Das Mädchen mußte mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus geschafft werden.

P Landsburg (Wiechbork), 7. Mai. Im nahen Pempern kam der 18jährige P. Braun beim Häckelschneiden der Transmissionswelle zu nahe, wurde erfaßt und erlitt einen komplizierten Beinbruch.

Auf dem letzten Wochenmarkt kostete das Pfund Butter 1,20, Eier die Mandel 0,80. Auf dem Schweinemarkt brachte das Paar Ferkel 30,00 und 35,00 Złoty.

x Zembrowsburg (Sepolno), 7. Mai. Infolge Scheuens der Pferde verlor der Festscher Reinhold Nux in Pempern hiesigen Kreises die Gewalt über die Tiere, wobei er unter die Deichsel des Wagens fiel, der ihm über beide Beine ging. Zum Glück war der Wagen nur leicht beladen, so daß R. mit einigen Quetschungen davonkam.

Auf dem letzten Wochenmarkt notierte man für Butter 1,20—1,30 das Pfund, Eier 0,70—0,80 die Mandel. Die Preise auf dem recht rege besuchten Schweinemarkt schwankten für Absatzferkel zwischen 25—35 Złoty pro Paar.

Kleine Rundschau.

Probefahrt eines französischen Schienenautos.

Paris, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Bei Le Mans wurde am Donnerstag ein neues französisches Schienenautomobil ausprobiert, das eine Geschwindigkeit von 171 Stundenkilometern erreichte. Der neue Schienenwagen ist 22 Meter lang und wird durch vier Bier-Zylinder-Motoren von je 250 PS angetrieben.

Auch ein Sport! Auch ein Vergnügen!

Wir lesen in den „Wiener Neuest. Nachr.“ folgendes Begebnis:

Der stellenlose Chauffeur Michael Verderber, der sich den Namen „Herr Marathon“ beigelegt hat, ist am 1. Mai um 8 Uhr früh in Gegenwart einer viertausendköpfigen Menschenmenge beim Bachwirt in Gösting bei Graz zu seinem Marsch nach Wien im Handstand gestartet. Er trägt Lederschuhe. Schon nach den ersten 30 Metern sah sich Herr Marathon gezwungen, eine Ruhepause einzuschalten. Für die anderthalb Kilometer lange Strecke bis zum Ende der neuen Weinviertelbrücke benötigte er anderthalb Stunden. Abends langte der Handstandwanderer, der von seiner Frau und Schwester und seinem Trainer und Masseur Anton Bucher begleitet wird, in Gratkorn an, wo er sein Nachttquartier bezog.

Eine Insel verschwunden.

Anchorage (Alaska), 2. Mai. (United Pres.) Anscheinend im Zusammenhang mit den heftigen Beben, die in den letzten Tagen die Küste von Alaska heimsuchten, ist nach hier eingegangenen Meldungen die Augustine-Insel in der Kamishak-Bucht durch eine unterirdische Explosion in die Luft gesprengt worden und im Meere verschwunden. Es ist nicht festzustellen, ob die Insel zur Zeit der Katastrophe bewohnt gewesen ist.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 10. Mai.

Königs Wusterhausen.

06.35: Konzert. 09.45: Kurt Arnold Hindesien: Das Notenbüchlein der Frau Anna Magdalena Bachin. 10.10: Schallplatten: Scharnhorst. 11.30: Zeitfunk. 12.00 ca.: Schallplatten. 14.00: Schallplatten. 14.45: Jugendbühne. 15.45: Novalis: Das Märchen von Hyazinthe und Rosenblüte. 16.00: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Lebende Tonzeiger. 18.05: Unterhaltungskonzert. 18.50: Wetter. 19.00: Stunde der Nation. Von Königsberg: Ostpreußische Komponisten. 20.00: Von Hamburg: Von Königsberg: Wissenschaft. 21.30: Von München: Zur Unterhaltung. 22.20: Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Nachtkonzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 11.50: Konzert. 12.05 ca., 14.05: Schallplatten. 17.45: Altitalienische Violinmusik. 19.00: Stunde der Nation. Von Königsberg: Ostpreußische Komponisten. 21.10: Konzert. Königsberg-Danzig.

06.35—08.15: Schallplatten. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Elternstunde. 16.30: Konzert. 19.00: Stunde der Nation. Ostpreußische Komponisten. 20.00: Klaviermusik. 22.00: Nachr. des Drahl. Dienstes. Anschl. bis 24.00: Nachtkonzert.

Beuth.

06.35: Konzert. 12.00: Konzert. 15.00: Wir stellen vor: Gertrude Flor, Violin; am Flügel: Friedbert Sammler. 16.00: Für die Jugend. 17.05: Der deutsche Volkstanz. 18.00: Stunde mit Büchern. 19.00: Stunde der Nation. Von Königsberg: Ostpreußische Komponisten. 20.15: Bunter Abend aus Pirna anlässlich des 700jährigen Bestehens der Stadt. Warschau.

17.30: Schallplatten. 18.00: Solistenkonzert. 19.00: Schallplatten.

20.00: Konzert anlässlich des rumänischen Nationalfestes. 21.10: Klavierkonzert. 22.15: Schallplatten. 23.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Pachtadministration“. Die Pachtadministration unterscheidet sich von der Pacht und von der Administration durch Folgendes: Bei der Pacht zahlt der Pächter dem Eigentümer des Grundstücks eine bestimmte Pacht; er erwirbt ferner entweder das zur Bewirtschaftung des Grundstücks notwendige vorhandene Vieh und lebende Inventar, oder wenn ein solches nicht vorhanden ist, beschafft er es sich von anderer Seite. Bei der Administration ist der Administrator nichts anderes als ein Beauprätiger, d. h. Beamter des Verwälters mit größeren oder geringeren Rechten. Bei der Pachtadministration ist das Verhältnis so: der Verwältiger bleibt Eigentümer des ganzen Inventars, der Pachtadministrator erhält kein Gehalt, zahlt vielmehr einen bestimmten Betrag als Pacht, und was er über diesen hinaus herauswirtschaftet, ist sein Verdienst.

B. O. Amelien. 1. Ein zuverlässiges Mittel gegen das Einbrechen von Ameisen in Häuser ist uns nicht bekannt; versuchen Sie es mit Insektenpulver. 2. Sie können in der Sache nichts unternehmen ohne Genehmigung der Wasserbehörde (Wladzawodna); das ist die einzige zuständige Instanz zur Genehmigung einer solchen Ableitung des Wassers. Die Voraussetzung für das Verfahren zur Erlangung einer solchen Genehmigung sind in der Verordnung vom 28. Mai 1931 enthalten, die nicht weniger als 18 Seiten des „Dziennik Ustaw“ umfassen. Es müssen Bezeichnungen auf vorgeschriebenem Papier, ausführliche Beschreibung in doppelter Ausführung des Situationsplanes usw. usw. eingereicht werden. Für die Überleitung des elektrischen Stromes brauchen Sie die Genehmigung der Wojewodschaftsbörde.

„Radio“. Aus welchem Grunde der Hauswirt die Umschaltung nicht genehmigt will, wissen wir nicht; es kann sein, daß es geschieht, weil der Zähler nicht ihm, sondern dem Elektrizitätswerk gehört und nur dieses darüber disponieren kann. Wenden Sie sich an das Elektrizitätswerk mit einem entsprechenden Antrag, daß dann die Sache wohl bald in Ordnung bringen wird.

A. M. in B. Der Bestellbrief unterliegt einer Stempelgebühr in Gemäßheit des Stempelsteuergesetzes, das in Art. 69 Abs. 4 bestimmt, daß frei von der Stempelgebühr ist ein „Verkaufsvertrag, der entweder der Verkäufer oder der Käufer im Verein seines der Gewerbeunternehmer unterliegenden Unternehmens abgeschlossen hat, wenn ein solches Schriftstück nur mit der Unterschrift einer Partei verfehlt und weder gerichtlich noch notariell beurkundet oder beglaubigt ist.“

v. G. Bankguithaben werden auf 5 Prozent der nach der Skala des § 2 der Aufwertungsverordnung berechneten Summe umgerechnet, wobei die im Laufe eines jeden Jahres geleisteten Einnahmen für die Umrechnung als am 1. Oktober des vorherigen Jahres geleistet angesetzt werden. Bei beweglichen Konten ist der niedrigste Saldo in dem Zeitraum vom 31. Dezember 1913 bis zum 31. Dezember 1922 nach der Skala des § 2 umzurechnen. Der Unterschied zwischen diesem Saldo und dem der Reihe nach folgenden höheren wird ebenso wie der Unterschied zwischen den der Reihe nach folgenden höheren Salden bis zum Saldo vom 31. Dezember 1922 umgerechnet. Der Umrechnung unterliegt nur ein solcher Teil der Einnahme, der höchstens den Betrag von 125 Złoty ergibt, der Rest wird nur auf der Grundlage von 1 Złoty = 1 800 000 polnische Mark umgerechnet.

Graudenz.

All denjenigen, die durch bereitwillige Mithilfe, sowie durch Stiftung von Spenden aller Art und des Besuchs des Frühlingsfestes uns ermöglicht haben, auch in diesem Jahre wieder bedürftige Kinder in unserem Waldeserholungsheim Rudnick kostenlos unterbringen zu können, sprechen herzlichsten Dank aus.

Der Vorstand des Deutschen Frauenvereins für Armen- und Krankenpflege.

Franz Hildegard Schulz, 1. Vorsitzende. 4017

Musik-Unterricht erteilt Karl-Julius Meissner, Marzalla Focha 24. Telefon 22.

Brut-Eier Gels.-Uly.-Mod. 41 jähr. Spezial-Zucht, à 30 gr. Grams. Grünldz. Ferkuz 616. 275

Thorn.

Kaufe Gold u. Silber. Hoffmann, Goldschm. Meister, Bielarn 12. schwarz Nußbaum und Eiche 3761 ganz besonders billig

Bollmilch lauft G. Neubert. Mieklewicza 16. 376

Ein neues Hitler-Interview.

Wie aus London gemeldet wird, hat Reichskanzler Hitler dem englischen Journalisten Sir G. Forster-Graser eine anderthalbstündige Unterredung gewährt, die der "Daily Telegraph" veröffentlicht. Die Aussprache bezog sich im wesentlichen auf außenpolitische Fragen. Niemand in Deutschland, so erklärte der Kanzler, der den Weltkrieg durchgemacht hat, wünscht diese Erfahrung noch einmal zu machen. Alle Erziehung und Erziehung zur Disziplin haben den Zweck, die jungen Deutschen aus der Erschaffung zu reißen, in die sie in den letzten vierzehn Jahren gesunken sind. Mit Bezug auf das Diktat von Versailles führte der Kanzler aus: "Wir wollen von dem Vertrag nicht durch eine große Armee loskommen, sondern dadurch, daß wir Gleichberechtigung erhalten. Ich würde die Herauslösung der Entente heire einer Vergrößerung des deutschen Heeres vorziehen. Die Vertragsrevision wird, wie ich hoffe, auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu erreichen sein. Wir haben die Idee einer Ausdehnung Deutschlands nach Übersee aufgegeben. Wir wollen nicht mit England in der Flottenstärke konkurrieren. Unser Schicksal ist nicht an Küsten oder Dominions, sondern an den Osten unserer Grenze gekettet."

Ein Irrtum.

Zu dem Interview des Reichskanzlers wird in Berlin von zuständiger Stelle erklärt, daß der Reichskanzler die koloniale Frage bei dieser Gelegenheit überhaupt nicht berührt hat. Er hat lediglich von den Überseeinteressen Englands gesprochen und davon, daß Deutschland diese Interessen respektieren würde. Von der Möglichkeit, Deutschland wieder Kolonien zu geben, ist in der ganzen Unterredung nicht die Rede gewesen.

Diese Berichtigung erfolgt deshalb, weil Sir John Fraser seinen Bericht mit der Überschrift versehen hatte: "Keine Kolonialpläne der Deutschen mehr!"

„Läßt Hitler zufrieden!“

Der französische Hervé weist die französischen Journalisten zurück.

Paris, 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung). Unter der Überschrift „Läßt Hitler zufrieden!“ wendet sich Hervé in der „Victoire“ gegen die Angriffe in der bürgerlichen Presse Frankreichs auf den Reichskanzler und die nationalsozialistische Regierung in Deutschland. „Selbstverständlich ist es“, so schreibt der Chefredakteur des nationalen Blattes, „daß die Kommunisten und Kollektivisten auf Hitler wütend sind. Ihre deutschen Glaubensgenossen wollten eine marxistische Revolution in Deutschland anzetteln. Hitler hat sie über den Haufen gerannt und sie unfähig gemacht, Schaden anzurichten. Mit seiner Mäßigung macht man mit ihnen dasselbe, was sie mit den anderen machen wollten. Zum Beweise braucht man nur die nationale Revolution in Deutschland, die ohne Blutvergießen abgelaufen ist, mit der blutigen marxistischen Revolution in Russland zu vergleichen. Es wäre noch verständlich, wenn die bürgerliche französische Presse angefischt der augenblicklichen Lage in Deutschland die vorläufige Unterbrechung der Abrüstungs-Besprechungen fordern würde; — ihre Belustigungen über die angebliche „Leere“ und „Nativität“ des Wirtschaftsprogramms Hitlers, die er in seiner Rede vom 1. Mai dargelegt hat, sind aber wirklich zu stark. Man möge Hitler endlich auf innerpolitischem Gebiete zufrieden lassen!“

Der eine wie der andere Kritiker ist neben dem deutschen Diktator nur ein kleiner Junge. Wenn es diesem Manne vielleicht auch noch an Erfahrung fehlt, so hat er doch Feuer im Herzen, Wagemut des Geistes und ein wunderbares Verständnis für die Leiden und Erniedrigungen seines Volkes.

Seine Rede vom 1. Mai ist von einer Erhabenheit, die man gern in den erbärmlichen Palavoren selbst unserer talentvollsten Politiker finden möchte. Die Impotenten und Einchen, aus denen zum großen Teil die Führer und Wortgeber unserer Kreise zusammengesetzt sind, erlauben sich dabei, über ein derart grandioses Schauspiel zu lachen.“

Die Thesen der „Deutschen Christen“.

Der Führer der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Pfarrer Hosenfelder, hat dem Präsidenten Dr. Kappler am Sonnabend die Grundsätze der „Deutschen Christen“ überreicht, nach denen eine „Evangelische Reichskirche“ geschaffen werden soll. In ihnen heißt es u. a.:

1. Wir wollen die evangelische Reichskirche lutherischer Prägung unter Gliederung der reformierten Gemeinden, denen ihre Eigenart gewährleistet wird.

2. Wir wollen keine Staatskirche, aber auch keine Kirche, die Staat im Staat ist, sondern eine Evangelische Reichskirche, die die Hoheit des nationalsozialistischen Staates aus Glauben anerkennt und das Evangelium im Dritten Reich verkündet.

3. Die Evangelische Reichskirche ist die Kirche der deutschen Christen, das heißt der Christen arischer Rasse.

4. Diese so gestaltete Kirche darf weder der Sitz der Reaktion, noch ein demokratisch-parlamentarischer Sprechsaal sein.

5. Die Evangelische Reichskirche wird vom Vertrauen des Volkes getragen und vom Reichsbischof geführt.

6. Die Evangelische Reichskirche gliedert sich in nicht mehr als 10 Kirchenländer, an deren Spitze je ein Landesbischof steht.

7. Der Reichsbischof ist entsprechend der weit überwiegenden Mehrheit des Kirchenvolkes lutherisch. Ihm steht ein reformierter Reichsvikar zur Seite.

8. Der Reichsbischof hat seinen Sitz in der Lutherstadt Wittenberg.

9. Über die Reichskirche im Sinne der vorstehenden Richtlinien und erstmalig über die Person des Reichsbischofs, dieser nach Vorschlag und aus den Reihen der „Deutschen Christen“, soll das gesamte evangelische Kirchenvolk am 31. Oktober 1933 durch Urwahl entscheiden.

10. Nach vorstehenden Grundsätzen vollzieht der Reichsbischof den weiteren Ausbau der evangelischen Reichskirche. Die Vorbereitung und Durchführung der kirchlichen Urwahl liegt in Händen der Herren Präsidenten Dr. Kappler, Landesbischof Marahrens, Reichsleiter

der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Pfarrer Hosenfelder, Studiendirektor Dr. Hesse, Pfarrer Dr. Freitag, Bundespfarrer Peter, Pfarrer Probst-Frankfurt a. M., Rechtsanwalt Dr. Friedrich Werner, Direktor des Zentralausschusses der inneren Mission Dr. Sepp und Missionsinspektor Dr. Weichert unter Leitung des vom Herrn Reichskanzler Adolf Hitler berufenen Vertrauensmannes Wehrkreisfarrer Müller.

Guter Fortgang der Kirchenreform.

Aus Berlin wird gemeldet:

Im Verlauf der Arbeiten für die Schaffung einer „Deutschen Evangelischen Kirche“, stand am Donnerstag im Kirchenbundesamt eine Aussprache zwischen Präsident Dr. Dr. Kappler, Landesbischof Dr. Marahrens, Studiendirektor Pastor Dr. Hesse und dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreisfarrer Müller, statt. Die Grundzüge des Verfassungswerkes wurden eingehend durchgesprochen. Über Art und Ziel der außerordentlich bedeutsamen Aufgabe ergab sich, wie mitgeteilt wird, eine hochfreudliche Übereinstimmung. Die evangelische Kirchenreform wird in dem äußeren Aufbau etwas grundlegend Neues schaffen, das schnellstens durchgeführt wird. Von dem Fortschreiten der Arbeit wird die Öffentlichkeit unterrichtet werden. Der ganze Neubau der Kirche kann, wie betont wird, nur dann vor dem Sehnen von Volk und Vaterland Bestand haben, wenn das Gemeinsame der verschiedenen historisch gewordenen Bekennnisse grundlegend herausgestellt wird. Von diesem Gemeinsamen aus soll die reformatorische Wissenschaft in der neuen Wende der Geschichte dem evangelischen deutschen Volke verkündet werden.

Landesbischof von Bayern.

Von der in Bayreuth tagende evangelischen Landeskirche für Bayern wurde am Donnerstag vormittags einstimmig von allen 89 Abgeordneten Oberkirchenrat Dr. Hans Meiser zum Führer der evangelischen Kirche in Bayern als Nachfolger Dr. Wits gewählt. Durch nachfolgende Beschlüsse wurde ihm die Amtsbezeichnung Landesbischof verliehen und ihm durch ein Ernährungsgefecht weitgehende Vollmachten erteilt.

Der neue Landesbischof ist — wie die „DAB“ mitteilt — geborener Nürnberger und steht im 53. Lebensjahr. Nach seiner Studien- und Vikariatszeit war er im Bayerischen Landesverein für innere Mission in Nürnberg tätig. Im Jahre 1915 wurde er Gemeindesuperintendent in München. Kennzeichnend für seine aufrechte vaterländische Haltung ist, daß er im Jahre 1919 nach der Ausrufung der Münchener Räterepublik als Geiste verhaftet wurde. Am Jahre 1922 wurde er zum Director des Bayerischen Predigerseminars in Nürnberg berufen. Seit dem Jahre 1923 gehört er dem evangelisch-lutherischen Landeskirchenrat in München als Mitglied an. Mit Landesbischof Dr. Meiser, der ebenso theologisch ausgezeichnet durchgebildet wie organisatorisch befähigt ist, ist in dieser bewegten Zeit eine fratzvolle Persönlichkeit an die Spitze der evangelischen Kirche in Bayern getreten und zugleich ein Mann, der das Vertrauen der gesamten bayerischen Pfarrerschaft und weiter Kreise des Kirchenvolkes genießt.

Landesbischof von Mecklenburg.

Der Landesbischof Rendtorff der evangelisch-lutherischen Kirche von Mecklenburg-Schwerin überträgt der Öffentlichkeit folgende Erklärung:

„Nachdem der Reichskanzler die innere Unabhängigkeit der Kirche zugesichert hat und nachdem der Wille und die Kraft der deutschen Freiheitsbewegung, über die Klassen und Stände hinweg das deutsche Volk zu der einen deutschen Nation zu schmieden, überwältigend offenbar geworden ist, habe ich meinen Beitritt zur NSDAP erklärt.“

Auch Dr. Marekly wird Nationalsozialist.

Der Staatskommissar für die Berliner städtischen Betriebe, Bürgermeister Dr. Marekly, ist, wie der Städtische Nachrichtendienst mitteilt, aus der DNVP, der er bisher angehörte, ausgetreten und in die NSDAP übergetreten.

Jarres beantragt seine Beurlaubung.

Die Gauleitung der NSDAP hat gemeinsam mit der Duisburger Kreisleitung dem Oberbürgermeister Dr. Jarres mitgeteilt, daß jetzt auch in Duisburg-Hamborn die Gleichstellung in der Leitung der Stadt erfolgen müsse. Mit Rücksicht auf die Person des Oberbürgermeisters, die ebenso wie die Reinheit seiner Amtsführung unangetastet dasteinde, sei diese Maßnahme bisher nicht erfolgt. Eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unter der Leitung von Dr. Jarres komme jedoch nicht mehr in Betracht. Auch die Staatsregierung sei der Auffassung, daß nunmehr eine Entscheidung getroffen werden müsse. Sie ziehe die weitere Verwendung des Oberbürgermeisters im Staatsdienst oder in sonstigem öffentlichen Amt in Erwägung. Es wurde dann Dr. Jarres nahegelegt, seine Beurlaubung bis zur Entscheidung über die Nominierung selbst zu beantragen.

Dr. Jarres hat daraufhin im Interesse eines reibungslosen Fortganges der Verwaltung beim Regierungspräsidenten seine Beurlaubung beantragt.

Zum Mandatsverzicht aufgefordert.

Haltbarlich wird aus München mitgeteilt: Staatsminister Hermann Esser hat in seiner Eigenschaft als Landtagspräsident den sozialdemokratischen Abgeordneten Landgerichtsrat a. D. Högnner auffordern lassen, sein Mandat zum Bayerischen Landtag niederzulegen. Präsident Esser erklärte, ein weiteres Verbleiben des Abgeordneten Högnner im Bayerischen Landtag nicht zu dulden, da Högnner zu den Sozialdemokraten gehörte, die den Kampf gegen Reichskanzler Hitler und seine Bewegung in besonders gehässiger und niederrächtiger Form geführt haben. Er sei nicht in der Lage, der SA und SS zuzumuten, solche intellektuellen Sozialdemokraten als immune Abgeordnete des Bayerischen Landtages zu dulden. Abgeordneter Högnner hat nunmehr unter dem 4. Mai dem Landtagspräsidenten mitgeteilt, daß er auf sein Mandat verzichte.“

Bei Kopfschmerzen, Schwindel, Ohrensausen, gestörttem Schlaf, schlechter Laune, gereizter Stimmung greife man sofort zu dem altbewährten „Franz-Josef“-Bitterwasser. Arztl. bestens empfohlen. (8447)

Immer weniger politische Todesopfer im Reich.

Von amtlicher Seite wird in der reichsdeutschen Presse darauf hingewiesen, daß in der jüngsten Zeit ein starker Rückgang der Todesfälle bei politischen Zusammenstößen eingetreten ist. „Dieser Erfolg ist“, so heißt es in der amtlichen Mitteilung, „unverkennbar ebenso eine Auswirkung der auf die Festigung der Nationalen Regierung und die Niederschlagung der kommunistischen Bewegung zurückzuführenden Verhöhung der politischen Lage, wie ein sichtbarer Erfolg der den Befehlen des Preußischen Inneministers unterstehenden politischen Polizei.“

„Bis Mitte Juni des Jahres 1932 war der monatliche Durchschnitt bei politischen Zusammenstößen im Gebiet des Preußischen Staates mit etwa acht Todesfällen konstant geblieben. In der Folgezeit stieg nach der amtlichen Mitteilung die Zahl der Todesfälle mit der zunehmenden Aktivität der Kommunistischen Partei jäh an, um mit 60 Todesfällen in den ersten 19 Tagen des Monats Just ihren bisher höchsten Stand zu erreichen. Nach einer vorübergehenden Senkung infolge der sogenannten Terrornotverordnungen, setzte nach der Aufhebung der Notverordnungen ein erneutes Anwachsen der linksradikalen Terrorakte und der durch diese verursachten Todesfälle ein. Fast gleichzeitig mit der Machtergreifung durch die Nationale Regierung zeitigten indes die taktifizierten Abwehrmaßnahmen der neuen Regierung in Verbindung mit der aus dem Sieg der nationalen Bewegung hervorgegangenen Entspannung der politischen Gegenseite ein schnelles Absinken der Todesfälle, das bisher stetig angehalten und nunmehr mit nur zwei Todesfällen im April d. J. den seit langer Zeit tiefsten Stand erreicht hat.“

Graf Kalckreuth tritt zurück...

Der Reichslandbund teilt mit:

Graf Kalckreuth hat sein Amt als geschäftsführender Präsident des Reichslandbundes niedergelegt, um in einem Verfahren gegen die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft, mit dem sein Name in Verbindung gebracht wird, zur Wahrung seines Rechts vollste Handlungsfreiheit nach allen Seiten zu haben. Die Geschäftsführung des Reichslandbundes wurde von den Präsidenten des Reichslandbundes in voller Einmütigkeit dem Präsidenten Meinberg übertragen.

Über die Gründe,

die zu dem überraschenden Rücktritt des geschäftsführenden Präsidenten des Reichslandbundes, Grafen Kalckreuth, führten, erfährt der „Angriff“ auf Anfrage bei dem nationalsozialistischen Reichskommissar, M. d. R. Dahl, u. a. folgende Einzelheiten:

„Schon vor einigen Wochen hat die Untersuchung der Geschäftsführung der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft und der Getreide-Industrie- und Kommission-A.-G. außerordentlich belastendes Material ergeben, aus dem auch eine enge Verbindung mit verantwortlichen Stellen der beiden Gesellschaften mit dem bisherigen Präsidenten des Reichslandbundes hervorgeht. Graf Kalckreuth hat u. a. im Jahre 1930, zur Zeit der Roggenstiftungsaktion, so z. B. bei der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft Berlin, Weizen- und Roggen geschäfte getätigt, und zwar hat er nicht weniger als 30 000 Tschentner Roggen zu Hausspekulationen benutzt. Graf Kalckreuth hat sich damals in der Annahme, daß die Maßnahmen des seinerzeitigen Ernährungsministers Schiele zu einer Haufse in Weizen und Roggen führen würden, zu enormen Eindellungen am Berliner Produktionsmarkt verleiten lassen. Falls diese Vorwürfe sich als richtig erweisen sollten, wäre allerdings ein Korruptionsfall gegeben, der mit den bisher aufgedeckten Fällen in jeder Weise konkurriert könnte.“

Hinzu kommt noch ein anderer, ebenfalls belastender Vorwurf. Graf Kalckreuth soll, nachdem seine Spekulationen schlaglos waren, beim Höhergehen der Preise an der Berliner Produktionsbörse seine Terminengagements bei der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft, außerdem dann noch zu ungeheuren Verlusten, zu Lasten der Reichs-Kasse glattgestellt haben. Das Getreide sei damals durch Vermittlungslente zu Überpreisen von 10 bis 20 Mark pro Tonne an die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft verkauft worden. Das belastende Material wird zurzeit durch das Korruptionsdezernat des Preußischen Justizministeriums eingehend geprüft. Es ist anzunehmen, daß die deutsche Öffentlichkeit schon sehr bald erfahren wird, wie weit die gegen Kalckreuth erhobenen Vorwürfe tatsächlich sind.“

Laut „Deutscher Tageszeitung“ hat Reichsminister a. D. Schiele den Reichsminister Dr. Hugenberg um eine schleunige Untersuchung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe ersucht und eine Bekleidungslage gegen den Reichskommissar Stubendorf angekündigt.

Graf Eulenburg-Wilden tritt zurück.

Der ostpreußische Stahlhelmführer Friedrich Graf zu Eulenburg-Wilden hat sein Amt niedergelegt. In einer Erklärung führt er aus, daß sein Rücktritt keine Gegnerschaft gegen das mit der SA und SS geschlossene Bündnis und das Treuebekenntnis zum Reichskanzler bedeute. Er fordert die ostpreußischen Stahlhelmer auf, dem Bund und dem Vaterlande wie bisher die Treue zu halten. Deutschland brauche den Stahlhelm mehr denn je. Er selber bleibe als einfacher Stahlhelmerkamerad in seiner Ortsgruppe. Die Gründe für seinen Rücktritt seien auffindbar, gestatteten aber nicht eine öffentliche Erörterung.

Bundesführer Seldte hat Major a. D. Schopffer-Heiligenbeil mit der Führung des Landesverbandes Ostpreußen, und den bisherigen Führer des Gaus Hannover, Generalmajor Teschner, zum Landesführer von Hannover ernannt.

Seldte lehnt Mandatsniederlegung ab.

Die „Stahlhelmzeitung“ veröffentlicht einen Kommentar zu der Aufrufserklärung der DNVP an den Reichsminister Seldte, wegen seines Übertretts zur NSDAP sein Mandat niederzulegen. Aus diesem Kommentar geht hervor, daß Seldte diese Forderung als unbegründet ablehnt.

Hugenberg will zurücktreten!

In den vom Conti-Bureau verbreiteten Zeitungsnachrichten über eine in Aussicht stehende Besetzung des Preußischen Landwirtschaftsministeriums mit dem Reichsbund-Präsidenten Willikens hört die "Deutsche Zeitung" von deutschnationaler Seite, daß darüber nichts Näheres bekannt sei. Die Mitwirkung des Herrn Hugenberg und der Deutschnationalen an der am 30. Januar d. J. gebildeten Regierung sei auf Grund der allgemein bekannten Vereinbarung erfolgt, daß eine Zusammenfügung der gesamten Wirtschaftspolitik in Reich und Preußen in der Hand Dr. Hugenbergs vorgenommen wurde. Daran, daß Dr. Hugenberg bei Nicht-einhaltung dieser Vereinbarung auch aus der Reichsregierung ausscheiden werde, sei wohl nicht zu zweifeln, — dies um so weniger, als die sich immer wiederholenden Nachrichten aus dem Lande über unkameradschaftliche Zurücksetzung bewährter deutschnationaler Kräfte und über seinem Einfluß nicht zugängliche Vorgänge in der Wirtschaft ohnehin seine Stellung sehr erkranken.

Keine rigorosen Eingriffe in die deutsche Wirtschaft.

Amtlich wird in der reichsdeutschen Presse mitgeteilt: "Die Regierung hat alles Interesse daran, daß die Wirtschaft sich jetzt innerlich und ehrlich beruhigt. Alle rigorosen Eingriffe haben zu unterbleiben und werden unterbleiben, so daß also die Wirtschaft jetzt in der Lage ist, sich auf weite Sicht mit Projekten einzustellen, da die Stabilität der Verhältnisse ihr die notwendige Gewähr dafür bietet. Die Wirtschaft kann also jetzt damit beginnen, großzügig zu planen. Schnell und bald beginnt, kann der wärmsten moralischen Unterstützung der Reichsregierung versichert sein. Es ist vollkommen fehl am Platze, wenn in der Wirtschaft und in Wirtschaftskreisen jetzt irgend eine Nervosität noch herrscht. Nachdem jetzt auch die Gewerkschaftsaktion durchgeführt worden ist, ist im Wirtschaftsleben durchaus eine Konsolidierung der Verhältnisse eingetreten, so daß die Wirtschaft durchaus in der Lage ist, jetzt ruhig sofort und auf lange Sicht Projekte zu machen."

Reichsstand des deutschen Handwerks.

Im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates in Berlin fand am Mittwoch die Vollversammlung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks statt, um die durch die Gleichschaltung notwendig gewordenen Umstellungen in allen Mitgliedsgruppen durchzuführen. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Berlin-Hannover eröffnete die Versammlung und legte darauf sein Amt nieder. Er bestimmte zu seinem Nachfolger den Referenten für Handwerk und Gewerbe im Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes, Dr. Beleini. Darauf ergriff der Reichskommissar für den gewerblichen Mittelstand, Dr. Wienbeck, das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache. Bis her sei niemals eine vernünftige Mittelstandspolitik getrieben worden. Hier Wandel zu schaffen, sei die Aufgabe der neuen Regierung.

Danach wurde der Leiter des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand, Dr. von Rentelen, und als sein Vertreter Dr. Beleini in den Vorstand gewählt. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der Sitz des Verbandes nach Berlin verlegt werden soll. Hierauf ergriff Dr. von Rentelen das Wort und führte u. a. aus: Das deutsche Handwerk nehme den Ruhmestitel für sich in Anspruch, in großen Teilen aktiver Träger der deutschen Erhebung zu sein. Die Zeit des Liberalismus sei dem Handwerk zum Fluch geworden. Das deutsche Handwerk werde einen Entwurf für den ständischen Aufbau des Handwerks ausarbeiten als Grundlage einer kommenden neuen Ordnung. Der Redner streifte dann kurz das kommende Mittelstandsschutzes und verlas darauf den Antrag zur Gründung eines Reichsstandes des deutschen Handwerks, der die Neuregelung der beruflichen Organisation des Handwerks durchführen solle. Der Reichskanzler wurde gebeten, sobald wie möglich die gesetzliche Neuordnung der Handwerksorganisationen unter Einschluß der unselbstständigen Handwerker, durchzuführen. Zum Führer des Reichsstandes des deutschen Handwerks wurden Dr. von Rentelen, zu seinem Vertreter Dr. Beleini gewählt. Außerdem wurden 12 weitere Mitglieder des Reichsverbandes dem Präsidium des Reichsstandes zugewählt.

Staatssekretär Hiel.

Obst. a. D. Konstantin Hiel ist jetzt zum Staatssekretär für die neuerrichtete Abteilung für Arbeitsdienst und Jugendförderung im Reichsarbeitsministerium ernannt worden.

Ministerpräsident von Killinger.

Aus Dresden wird gemeldet: Auf Grund des Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich hat der Statthalter für das Land Sachsen, Mutschmann, ernannt: Zum Ministerpräsidenten den Reichstagsabgeordneten von Killinger, zum Minister des Innern Dr. Tritsch, M. d. L., Finanzminister Oberregierungsrat Kampf-Leipzig, Justizminister Dr. Thierack-Dresden, Kultusminister Universitätsprofessor Dr. Gerullis, Wirtschaftsminister Venk-Plauen, M. d. R., Arbeits- und Wohlfahrtsminister Oberregierungsrat Dr. Schmidt-Chemnitz, Chef der Staatskanzlei Ministerialdirektor Dr. Günther. Die neuen Mitglieder der Sächsischen Regierung sind sämtlich Nationalsozialisten.

Ministerpräsident Joel.

Aus Oldenburg wird gemeldet: Nachdem Ministerpräsident Röver Statthalter von Oldenburg und Bremen geworden ist, wird eine Umbesetzung im Staatsministerium notwendig. Reichsstatthalter Röver beruft den bisherigen Landtagspräsidenten Staatskommissar z. b. B. Joel zum Ministerpräsidenten, und dieser beruft wieder die beiden Staatsminister Paul und Spangemacher. Nach dem 15. Mai wird dann Spangemacher ausscheiden, weil auf Grund der dann in Kraft tretenden Verwaltungsreform die Ministerzahl auf einen beschränkt wird.

Hitlerphäno in Wien.

Die Wiener christlich-soziale "Reichspost", das Blatt des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß, veröffentlichte folgende alarmierende Meldung: Amtliche Erhebungen haben ergeben, daß an der bayrisch-österreichischen Grenze von nationalsozialistischer Seite Stimmung gemacht wird, für einen Putsch, der sich gegen die Souveränität Österreichs richtet. In Kufstein wurden von dem Vertreter der nationalsozialistischen Partei in amtlichem Verhör bereits weitgehende Eingeständnisse gemacht. Die erforderlichen Gegenmaßnahmen werden von den zuständigen österreichischen Behörden getroffen. Die für derartige Pläne verantwortlichen Elemente mögen sich rechtzeitig darüber Rechenschaft geben, daß sie damit die gefährlichsten internationalen Verwicklungen für das Deutsche Reich herausbeschwören.

Zu dieser von der "Reichspost" an leitender Stelle verbreiteten Behauptung, daß an der bayrisch-österreichischen Grenze für einen Putsch gegen die Souveränität Österreichs Stimmung gemacht werde, wird der österreichischen "Politischen Korrespondenz" von informierter Seite mitgeteilt, die sofort eingeleiteten Nachforschungen hätten ergeben, daß es sich hier offenkundig um Gerüchte handle. Sie seien vermutlich durch gewisse Äußerungen nationalsozialistischer Führer Österreichs in den letzten Tagen hervorgerufen worden. Im übrigen sei die Regierung entschlossen und auch vollauf in der Lage, für die volle Sicherheit des Landes und seiner Bewohner zu garantieren.

Die Bayerische Staatsregierung und der Oberste SA-Führer erklären zu der oben angeführten Nachricht: Die Wiedergabe der "Reichspost" ist eine Tendenzmeldung schlechthin, von der kein Wort wahr ist. So wohl der Bayerischen Staatsregierung als auch der Obersten SA-Führung ist von Vorbereitungen der in der "Reichspost" erwähnten Art nicht das geringste bekannt. Niemand in Bayern denkt daran, sich in die inneren Angelegenheiten Österreichs einzumischen. Die Bayerische Staatsregierung sieht sich gezwungen, die von der "Reichspost" mit der Verbreitung derartiger Nachrichten getriebene politische Brunnenvergiftung mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Uniformverbot für die Nationalsozialisten in Österreich.

Der österreichische Ministerrat hat eine Verordnung des Bundeskanzlers genehmigt, die das öffentliche Tragen von Uniformen, durch die eine politische Einstellung zum Ausdruck gebracht wird, verbietet. Bußwidderhandlungen werden bestraft. Das Verbot gilt nicht für Verbände und Organisationen der Regierungsparteien, gilt also in der Hauptsache den Formationen der NSDAP.

Nach einer Information der "Reichspost" soll außer den anderen von Dr. Dollfuß angekündigten Maßnahmen gegen regierungs- und staatsfeindliche Elemente auch geplant sein, den Beamten einen neuen Dienstfeld abzunehmen. Mit diesem Ende würden sich die Beamten zur Treue gegenüber der legalen Regierung und zum selbständigen österreichischen Staat zu bekennen haben. Beamte, die diesen Eid nicht ablegen wollten, würden dadurch befunden, daß sie auf eine gegen Staat und Regierung gerichtete politische Tätigkeit größeren Wert legten als auf die Fortsetzung ihres Dienstverhältnisses.

Sturmische Kundgebungen in Innsbruck.

Offensichtlich unter dem Eindruck der sogenannten "Österreichischen" Bestrebungen haben bestimmte Kreise der Innsbrucker Studentenschaft am Sonnabend offen gegen die Großdeutsche Studentenvertretung Partei ergriffen. In Innsbruck haben sich Sonnabend Vorfälle ereignet, die nur noch dadurch beleuchtet werden können, daß zum Schutze des christlichsozialen Parteitages österreichische Truppen an die bayerische Grenze gelegt worden sind. Und zwar wurde je eine Kompanie des Innsbrucker Alpenregiments und der Haller-Feldjäger nach Kufstein verlegt. Außerdem ist eine Gendarmerieverstärkung von 67 Mann in Kufstein eingetroffen.

"In Innsbruck selbst beantragten die "Katholischen Studenten" bei der Tiroler Landesregierung die Auflösung der "Deutschen Studentenschaft", da sie angeblich nicht mehr die Mehrheit der Studentenvertretung darstelle. Als die Deutsche Studentenschaft daraufhin vor dem Rathaus und Landhaus eine Kundgebung veranstaltete, an der sich sehr große Teile der Innsbrucker Bevölkerung beteiligten, kam es zu Zusammenstößen mit der eingesetzten Sicherheitspolizei. Die Sicherheitspolizei ging mit blankem Säbel und mit dem Gummiknüppel gegen die Versammelten vor. Feuerstößen wurden gegen die Menge gerichtet. Und dann traf plötzlich eine Militärabteilung in voller Ausrüstung im Stahlhelm ein.

Das Gebäude der Landesleitung der Heimwehr wurde von den Heimwehrmännern mit aufgepflanztem Bajonet bewacht. Die Menge brach immer wieder in sturmische Psihi-Rufe gegen die Heimwehr aus, die als Schutztruppe von Dr. Dollfuß besonders in Innsbruck zu gelten hat. Plötzlich sprang ein Mann hoch, ergriff die Heimwehrfahne, riß sie herab und verschwand mit ihr. Die Menge der Heimwehr, etwa 30 Mann, drang darauf mit gefälltem Bajonet auf die Menge ein, die langsam zu-

rückwich. Es gab durch Kolbenhiebe einige Verletzte. U. a. wurde ein Schwerkrieger beschädigt von einem jungen Heimatwehrmann niedergeschlagen. Vor den Bajonetten der Heimwehr blieb schließlich die Menge stehen und sang immer wieder das Horst-Wessel- und Deutschland-Lied.

Die Kundgebungen gegen die Heimwehr ließen erst nach, als Abordnungen des Bundesheeres und der Gendarmerie erschienen und die Menge abdrängten. Ein Teil der Demonstranten zog nun vor das Deutsche Konsulat am Südtiroler Platz, wo sie das Deutschlandlied anstimmten. Nach stürmischen Heilsrufen auf Hitler zog die Menge wieder in die Stadt zurück. Die Straßen der inneren Stadt wurden gegen einhalb zwei Uhr überall durch starke Abteilungen der Polizei abgesperrt. An verschiedenen Stellen wurden Drahtverhause und spanische Reiter aufgestellt. Die durch die Absperren auseinandergerissene Menge zerstreute sich nur langsam. Erst gegen zwei Uhr trat allmählich Ruhe ein. Am Abend traf der Sicherheitskommissar Ley aus Wien in Innsbruck ein.

Die umlämpste Tagung von Klagenfurt.

Über die von uns bereits kurz mitgeteilte Zurückziehung der Einladung für die Pfingsttagung des B. D. A. in Klagenfurt wird im einzelnen noch folgendes bekannt:

Die Kärntner Landesregierung hat mit vier christlich-sozialen und sozialdemokratischen Stimmen gegen den landesüberschreitenden Landeshauptmann beschlossen, die vor der Umordnung im Reich erfolgte Einladung an den Verein für das Deutsche Volk im Ausland, seine diesjährige Tagung in Klagenfurt abzuhalten, zurückzuziehen". Es wird behauptet, daß man mit Maßnahmen der Bundesregierung Dollfuß rechnen müssen, falls die Landesregierung nicht von sich aus die Tagung verhindert hätte.

Die großdeutschen "Wiener Neuesten Nachrichten" erklären, daß auch außenpolitische Einflüsse in dieser Richtung hauptsächlich wegen der mit dieser Tagung verbundenen Abschlußkundgebung eine nicht unwe sentliche Rolle spielen.

Landeshauptmann Kernmaier lehnt es aber ab, ein Absageschreiben an den Verein zu untersetzen und abzusenden. Es besteht die Absicht, die Tagung auch ohne Einladung der Kärntner Landesregierung in Klagenfurt am festgesetzten Tag abzuhalten.

Dazu teilt der B. D. A. mit: "Die Vorbereitungen zur Klagenfurter Pfingsttagung gehen entgegen bestimmten, anscheinend geflüsterten verbreiteten Meldungen in vollem Umfang weiter. Der Reichsführer des B. D. A. Dr. Steinacher, ist zur Anordnung der letzten Maßnahmen in Klagenfurt eingetroffen. Der B. D. A. als volksdeutsche Kulturorganisation wird von innerpolitischen und außenpolitischen Spannungen, wie sie zur Zeit im österreichischen Kräftesfeld bestehen, nicht beeinträchtigt."

Dr. Hans Steinacher.

Über die Persönlichkeit des neuen Führers des Vereins für das Deutsche Volk im Ausland (B. D. A.) gibt die "Kölner Zeitung" folgende Auskunft:

Mit Dr. Steinacher kommt an die Spitze des B. D. A. ein Mann, dessen Leben ein einziger Kampf für das deutsche Volkstum war. Kärntner von Geburt, zeichnete er sich während des Weltkrieges an der Alpenfront in hervorragender Weise aus. Nach dem Zusammenschluß war er Führer der Kärntner Abwehrkämpfe und dann Leiter der deutschen Aufklärungsarbeit bei der Volksabstimmung. Das Kärnten unseres Volkstums erhalten blieb, ist mit in erster Linie ein geschichtliches Verdienst Dr. Steinachers. Nachdem er später in verschiedenen deutschen Grenzgebieten hervorragende Arbeit geleistet hatte, kam er im Jahre 1923 ins Rheinland. Wie in Kärnten und anderswo, so setzte sich auch hier Dr. Steinacher mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit und seiner Organisationskunst ein. Wenn es einmal an der Zeit ist, die politische Geschichte des Jahres 1923 mit allen ihren Geschehnissen und Hintergründen zu schreiben, dann werden auch die Namen eines besonderen Ehrenplatz finden. Dr. Steinacher betätigt sich seit der Räumung des Rheinlandes führend in der deutschen Volkstumsarbeit. Er verfügt über ein umfassendes Wissen auf allen Gebieten und wird, so wie wir ihn kennen, den B. D. A. im Sinne seiner alten guten Überlieferung, aber auf neuen Wegen, mit neuen Erkenntnissen und streng nach den Gesetzen des nationalen Gemeinschaftsgeistes führen. Der Kärntner Heimatdichter Perlonig, den die Leser der "Kölner Zeitung" gut kennen, hat ihm übrigens in seinem Roman "Mensch wie du und ich" in der Gestalt eines jungen Sturmmoffiziers an der italienischen Alpenfront ein Denkmal gesetzt.

Man kann es ruhig als eine volksdeutsche Tragik bezeichnen, daß ausgerechnet gegenüber dem Kärntner Abwehr-Führer Steinacher mit seinem B. D. A. von der Österreichischen Regierung Dollfuß die Einladung zur Pfingsttagung in die Hauptstadt Kärntens, Klagenfurt, zurückgenommen wurde.

Neugestaltung der Dichter-Akademie.

Wie der preußische Kultusminister mitteilte, hat sich eine vollkommene Neugestaltung der Preußischen Akademie der Künste (Abteilung III für Dichtkunst) vollzogen. Ausgeschieden sind die Schriftsteller: Döblin, Frank, Fulda, Kaiser, Kellermann, Thomas Mann, Mombert, Alfons Paquet, Pannewitz, Schickele, Fritz v. Unruh, Wassermann, Werfel. Auf Vorschlag der Abteilung III der Akademie der Künste hat der preußische Kultusminister berufen: Werner Bemelmberg, Hans Friedrich Blund, Hans Carossa, Peter Dörfler, Paul Ernst, Friedrich Griese, Hans Grimm, Hanns Jöchl, E. G. Kolbenheyer, Agnes Miegel, Börries v. Münchhausen, Wilhelm Räfer, Emil Strauß, Willi Wesper. Weitere Berufungen hat sich der Kultusminister vorbehalten.

Auszug nach Ägypten.

Der Londoner "Times" zufolge hat die Ägyptische Regierung beschlossen, 200 jüdische Ärzte und Rechtsanwälte, die Deutschland wegen der letzten Ereignisse verlassen haben, die Ermächtigung zu erteilen, in Ägypten ihren Wohnsitz zu nehmen und ihren Beruf auszuüben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Schatzscheine im Ausweis der Notenbank.

Die Bank Polski in der dritten Aprildekade.

Aktiva:	30. 4. 33	20. 4. 33
Gold in Barren und Münzen	490 876 365,31	490 816 298,23
Gold in Barren und Münzen im Auslande	67 216 616,31	93 623 742,33
Valuten, Devisen usw.	—	—
a) dedungsfähige	48 421 008,95	48 391 637,59
b) andere	624 841 835,66	582 519 530,64
Silber- und Scheidemünzen	107 140 331,15	102 919 224,12
Wechsel	10 806 439,03	10 991 342,47
Lombardforderungen	94 459 757,27	91 459 757,27
Effekten für eigene Rechnung	90 000 000,—	90 000 000,—
Effektenreserve	20 000 000,—	20 000 000,—
Schulden des Staatschakses	129 851 899,82	159 961 050,75
Immobilien	1 713 614 253,50	1 690 682 583,68
Andere Aktiva	150 000 000,—	150 000 000,—
Reservefonds	114 000 000,—	114 000 000,—
Sofort fällige Verpflichtungen:	33 148 786,63	5 962 992,40
a) Girorechnung der Staatsfasse	122 655 778,68	145 880 631,35
b) Rechtliche Girorechnung	—	—
c) Konto für Silbereinkauf	—	—
d) Staatlicher Kreditfonds	15 719 800,70	25 243 682,65
e) Verschiedene Verpflichtungen	1 021 022 580,—	989 214 310,—
Notenumlauf	257 067 307,49	260 375 967,28
Sonderfonds des Staatschakses	1 713 614 253,50	1 690 682 583,68
Andere Passiva:	1 713 614 253,50	1 690 682 583,68

Der vorliegende Ausweis des polnischen Noteninstituts hat auf der Aktiv- und Passivseite buchmäßig keine großen Veränderungen in der letzten Aprildekade gebracht. Lediglich der Bestand der Devisen hat stark abgenommen. Diese Tatsache weist darauf hin, daß die Bankleitung angesichts der Währungsschwierigkeiten in Amerika und England und der Unklarheit des Währungsverhältnisses beider Länder zueinander notgedrungen eine Umstellung einleitet. Auf der anderen Seite weist der in Zloty ausgedrückte Bestandsrückgang der Devisen darauf hin, daß in Fragen des Außenhandels und der Zahlungsbilanz erste Schwierigkeiten vorliegen, die von Monat zu Monat fühlbarer werden. Nicht zuletzt muß darauf hingewiesen werden, daß der starke Rückgang der Devisen auch auf ein Disagio zurückzuführen ist, das die Bank Polski in den letzten Wochen zu tragen gezwungen ist. Der Goldvorrat, der lediglich das Deckungsverhältnis bestimmt, ist nur geringfügig größer geworden.

Im einzelnen geogen hat sich das Wechselpotefeuille um 42,8 Millionen auf 624,8 Millionen Zloty vermehrt, auch die Lombardkredite weisen ein Anwachsen um 4,2 Millionen auf 107,1 Millionen Zloty auf. Der Devisenvorrat weist die Summe von 67,2 Millionen Zloty auf. Die neu diskontierten Schatzscheine tauchen im Ausweis der Bank Polski zum ersten Mal auf, und zwar mit 30 Millionen Zloty. Die Positionen der anderen Aktiva sind um 30 Millionen auf 129,9 Millionen zurückgegangen. Die sofort fälligen Verpflichtungen weisen nach einer Abnahme von 5,6 Millionen Zloty einen Stand von 171,5 Millionen Zloty auf, dabei ist zu berücksichtigen, daß die Girorechnungen der Staatskassen einen Anwuchs von 27,2 Millionen Zloty aufweisen.

Der Notenumlauf ist durch den Diskont der Schatzscheine um 31,8 Millionen auf 1021 Millionen Zloty gestiegen. Die gesamte Deckung des Notenumlaufs weist ein Deckungsverhältnis von 44,93 Prozent auf.

Die pommersche Mühlenindustrie.

Im März d. J. war die Mühlenindustrie in Pommern im Vergleich zum Vormonat allgemein besser beschäftigt. Die Produktionskapazität war zu 63 Prozent gegenüber 61 Prozent im Februar ausgenutzt. Der Export von Mühlenprodukten, der im Februar etwa 450 Tonnen betrug, ist im März auf 980 Tonnen gestiegen. Hierzu entfielen auf Roggen- und Weizenmehl mittlerer Sorte 890 Tonnen im Werte von 180 000 Zloty. Der Export erfolgte vor allem nach Norwegen, Finnland und Deutschland.

Der Export von poliertem Reis betrug im März d. J. 105 960 Kilogramm, gegenüber 339 370 Kilogramm im Vormonat. Der Rückgang beträgt 70 Prozent der Menge nach. Hauptabschländer waren die Tschechoslowakei und Schweden.

Die Ausfuhr von Olküchen stellte sich vom Jahresbeginn ab auf 4 303 Tonnen. Das Groß der Exportgeschäfte entfiel auf Palmküchen, Kokosküchen und Leinküchen. Der Export ging hauptsächlich nach Deutschland und Dänemark, in kleineren Mengen auch nach Finnland.

Weitere Verschlechterung der Lage der Mühlen

Wie von informierter Seite verlautet, verschärft sich die finanzielle Lage in der polnischen Mühlenindustrie ständig. Die Zahlungen für Vermählung von Getreide erfolgen fast ausschließlich in natura. Dies und die niedrigen Mehlsätze machen ein Geschäft und damit die pünktliche Regulierung der Zahlungsverpflichtungen für die einzelnen Mühlenbetriebe zur Unmöglichkeit.

Die schwere finanzielle Lage der polnischen Mühlen wird ausreichend durch die Tatsache gekennzeichnet, daß schon im Vorjahr fast 60 Prozent der von den Mühlen ausgestellten Wechsel zu Protest gingen. Die Einziehung der ausstehenden Forderungen bei den Mühlen ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein aussichtloses Beginnen. Die Lage der polnischen Mühlenindustrie hat sich durch das Moratorium für die polnische Landwirtschaft noch weiter verschärft. Da auch die Betriebskapitalien der meisten Mühlen zum großen Teil eingefroren sind, wird es vielen Mühlen unmöglich, ihre Betriebe fortzuführen. Diese Situation führt in letzter Zeit bereits zu teils kürzeren, teils längeren Produktionsunterbrechungen. Zu den Gläubigern der Mühlenindustrie zählen vor allem die Mühlenmaschinenfabriken, die infolge der Zahlungsunfähigkeit grüblerischer Mühlenbetriebe in Polen selbst in ärgste Bedrängnis geraten sind und ebenfalls vielfach zu Produktionseinstellungen gezwungen wurden. EWD.

Die Automobileinfuhr nach Polen ist im Laufe des ersten Vierteljahrs 1933 bei Lastkraftwagen mengenmäßig auf 26 Tonnen (gegenüber 46 Tonnen im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahrs) zurückgegangen, während der Wert dieses Imports auf 183 000 Zloty (120 500 Zloty) gesunken ist. Eine sehr starke Verringerung hat die Einfuhr von Personenkraftwagen und Autobussen aufzuweisen, die im Umfang von 21 Prozent (gegenüber 107 Tonnen im Vorjahr) für 119 000 Zl. (1 000 000) eingeführt wurden. In der gleichen Zeit ist die Einfuhr von Automobilteilen mengenmäßig auf 103 (255 Zt. im ersten Vierteljahr d. J.) wertmäßig auf 1 003 000 Zloty (1 627 000 Zloty) zurückgegangen. Die Einfuhr von Motorrädern und Motorrollern hat 24 Tonnen (40 Tonnen) im Werte von 245 000 Zloty (355 000 Zloty) betragen.

Firmennachrichten.

Schönsee (Kowalewo). Zahlungsaufschuß gewährt wurde Sophie Neich, Eigentümerin des Gutes Szychowo, bis zum 1. Januar 1935. Die gerichtliche Aussicht übt W. Biskup in Pluskowens aus.

Der alte und neue Haushalt.

Angünstiges Ergebnis der Staatseinnahmen im Etatsjahr 1932/33.

Der einzige Weg: Abbau des Etatismus.

Die lebhaftesten bekanntgegebenen Abschlüsse der Finanzwirtschaft für das am 31. März beendete Haushaltsjahr 1932/33 veranschaulichen mit greller Deutlichkeit die besonders kritische Lage der Staatsfinanzen. Da die Einnahmen im Haushalt insgesamt 2001 Millionen Zloty betrugen und die Ausgaben sich auf 2243 Millionen Zloty stellten, ergibt sich für das abgelaufene Haushalt Jahr ein Fehlbetrag von 242 Millionen. Erwähnt man noch, daß die Regierung von ihrem zinslosen Kredit bei der Bank Polski in Gesamthöhe von 100 Millionen bereits einen Betrag von 70 Millionen abgehoben hat, der zur Deckung der Budgetausgaben verwendet wurde, so erbrachte das letzte Jahr ein Defizit von 312 Millionen Zloty. Dies bedeutet im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren eine starke Steigerung des Fehlbetrages, der sich sogar höher stellt als das Budgetdefizit der zwei letzten Jahre zusammengekommen. Kein Wunder also, wenn nicht nur die Regierung, sondern auch alle Wirtschaftskreise sich wegen dieses Zustandes der Staatsfinanzen in Erregung befinden.

Bei einer näheren Analyse der Finanzzahlen stellt man äußerst charakteristische Verschiebungen fest. So stellt sich die Gesamtsumme der Einnahmen aus den zwei wichtigsten Einnahmegruppen, nämlich den Steuern und Monopolen, um 328 Millionen niedriger dar als sie im Budget vorgesehen waren, und gerade dieser Fehlbetrag bildet einen wichtigen Wertmesser für die Krise der Staatsfinanzen. Die Bölle erbrachten eine Mindereinnahme von 42 Millionen, nämlich statt der präliminierten 150 nur 107,6 Millionen. Dies geht auf den gewaltigen Rückgang des Auslandsimports zurück, wiewohl die Finanzverwaltung gerade hier von der Erhöhung der Bölle eine Besserung der Einnahmen sich versprochen hatte. Ein noch größeres Defizit weisen die staatlichen Monopole auf, nämlich Einnahmen in Höhe von 625 Millionen statt der präliminierten 696 Millionen. Eine starke Verminde rung zeigen auch die Einnahmen aus den Stempelgebühren und einen allerdings nicht sehr bedeutenden Abgang verzeichnen ferner die direkten Steuern erbrachten statt der präliminierten 655 tatsächlich 533 Millionen, die indirekten (Konsum-) Steuern 157 statt 176, also ein Manko von 19 Millionen, das angeblich des wirtschaftlichen Auflösungsprozesses als geradezu verschwindend klein angesehen werden muß.

Die Schlüssefolgerungen, die man aus diesen Ziffern ziehen kann, sind recht bemerkenswert. Zeigen sie doch mit aller Deutlichkeit, daß jene Einnahmen, die gemischt automatisch mit dem Verlauf der Wirtschaftskonjunktur verbunden sind, im abgelaufenen Jahre um etwa 30–40 Prozent zurückgegangen sind, während jene Einnahmen, die von der Gestaltung der Wirtschaftslage unabhängig sind, wo also einzig und allein der Druck der Steuerfahne für die Höhe der Einnahme maßgebend ist, wie dies bei den direkten Steuern der Fall ist, einen Abgang von nur 20 Prozent verzeichnen. Man muß sich nicht einmal der Mühe unterziehen und eine Spezialanalyse der einzelnen Einnahmen vornehmen, die ergeben würde, daß die Stempelgebühren um 88 Prozent, die Bölle um 28 Prozent weniger erbrachten als vorhergegangen war, während die Grundsteuern sogar eine Mehreinnahme von 1,4 Prozent aufweisen, die Immobiliensteuer nur um 9,1 Prozent, die Umsatzsteuer um 15,9 Prozent hinter dem Budgetsoll zurückbleibt, um zu der Feststellung zu gelangen, daß dieses relativ günstige Ergebnis der Steuereinnahme bei gleichzeitigen katastrophalen Rückgang aller anderen Einnahmen einen untrüglichen Beweis liefert für die außerordentlich hohe, den schweren Zeiten nicht im geringsten Rechnung tragende steuerliche Belastung der Bevölkerung. Es bedarf keines treffenderen Nachweises für die Mangelhaftigkeit unseres Steuersystems als gerade den, daß trotz des fort schreitenden Verarmung der Bevölkerung, trotz der Schrumpfung der geschäftlichen Umsätze und trotz der anhaltenden Liquidierung von Unternehmen in allen Branchen die Steuereinnahme fast das Budgetsoll erreichen. Das eine ist sicher, daß ein derartiges „Wunder“ nur das rücksichtslose Anziehen der Steuerschraube und die willkürlichen, mit den gegebenen Verhältnissen nicht rechnenden Steuervorschriften bewirken konnten.

Es ist selbstverständlich, daß eine Finanzpolitik, die die Sanierung der Staatsfinanzen nur in der rücksichtslosen Ausbeutung der Privatwirtschaft erbringt, sorglos loswirtschaften läßt, ohne aus ihnen größere Einnahmen herauszuarbeiten, auf die Dauer unhaltbar ist. Das schwierige Problem der Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben, das heute angesichts der Ebbe in den Kassen des Staates brennender denn je geworden ist, liegt heute jedenfalls nicht mehr wie in den Vorjahren auf der Ausgaben-, sondern auf der Einnahmeseite. Man müßt für eine Herabsetzung der Militärausgaben eintreten – es wäre aber vergebens. Eine Einschränkung der Staatsausgaben in Form eines weiteren Eingriffes in die so niedrigen Gehälter der Beamten, der das Glend der Beamtenchaft in uns Unermeßliche steigern würde, kommt allenfalls nicht in Frage. Auf der anderen Seite ist die obere Grenze der Tragfähigkeit der Steuern erreicht, denn weitere Erhöhungen würden schon nicht mehr eine Zunahme, sondern eine Abnahme der Steuern bringen. Der einzige Weg zur Budgetsanierung führt also über eine Neuordnung der Bewirtschaftung der Staatsbetriebe, zu der die Regierung früher oder später wird zwangsläufig Ausflucht nehmen müssen. Aus der Statistik für das Etatsjahr 1932/33 geht hervor, daß die öffentlichen Abgaben und Steuern ca. 50 Prozent aller Staatseinnahmen bilden, während die Einnahmen, die aus den Staatsbetrieben einschließen, etwas über 2 Prozent aller Einnahmen ergeben. Es sei hier nur auf den geradezu erschreckend niedrigen Betrag der staatlichen Forstverwaltung hingewiesen, die für das ganze Budgetjahr sage und schreibe 12 Millionen Zloty an den Fiskus abgeführt hat. Es handelt sich hier um ein Unternehmen, das als Staatsbetrieb keine Steuern zahlt, im Genuß gewaltiger Kredite bei den Staatsbanken steht und dank dieser Privilegien die private Holzwirtschaft schon fast gänzlich ruinert hat. Die staatlichen Forsten vereinigen in ihren Händen mehr als 50 Prozent aller Wälder in Polen. Errechnet man ihren Vermögenswert und stellt ihn dem ausgewiesenen Gewinn gegenüber, so zeigt es sich, daß der Rentabilitätskoeffizient dieses Staatsbetriebes kaum 1 pro Mille beträgt. Rechnet man aber noch von dem Eingang im Vorjahr die Steuern und sozialen Lasten ab, von denen dieser Staatsbetrieb befreit ist, so kommt man zu der traurigen Feststellung, daß der Staat nicht nur kein Geschäft hierbei macht, sondern gewaltig daraufaufzahlt. Das ist nur ein Beispiel für viele. Ähnlich steht es um die anderen Staatsbetriebe, die alle zusammengekommen im Budgetjahr 1932/33 einen Betrag von 42 Millionen Zloty an den Fiskus abgeführt haben, statt der präliminierten 158 Millionen. Hierzu leisteten die Eisenbahnen 5,8 Millionen Zloty, die Post 28,6 Millionen, die Staatsforsten 12 Millionen und „andere Unternehmungen“ 1,8 Millionen Zloty. Der Gesamtbetrag der Gelder, die Eisenbahn, Post und Forsten an die Staatskasse abführen, beläuft sich auf rund 41 Millionen Zloty, der Wert dieser drei größten Unternehmungen wird auf über 12 Milliarden Zloty geschätzt. Diese Zahlen sprechen Bände und zeigen mit aller Deutlichkeit, wie es um den Staat bestellt ist, wenn er als selbständiges Unternehmen auftritt. Seit Jahr und Tag wird in der Presse, aber auch schon gelegentlich der Budgetdebatten immer lauter die Forderung nach Abbau des Etatismus erhoben. Wiewohl die Regierung zu wiederholten Malen eine Korrektur der Bewirtschaftung der staatlichen Betriebe in Aussicht gestellt hat, ist es bis heute nur bei frommen Versprechungen geblieben. Hier müßte aber der Hebel einziegen, soll das Budget nach den steigenden Defiziten der letzten Jahre wieder einmal ins Gleichgewicht gebracht werden.

Bisher ist es gelungen, die Fehlbeträge aus den Kassenreserven des Staates zu decken. Die Frage bleibt aber offen, ob dies auch beim neuen Etat möglich sein wird, dessen Defizit schon im Vorjahr auf 400 Millionen Zloty geschätzt wird. Die Regierung ist optimistisch, die Erfahrungen der letzten Jahre haben aber gezeigt, daß die Einnahmen im Etatsplan viel zu günstig veranschlagt waren, daß inmitten der Krise alle Wertanfälle, ein paar Monate vorher aufgestellt, nicht mehr aufrechtzuerhalten waren.

Standardisierung von Weizenmehl.

In einer kürzlich stattgehabten Sitzung hat sich der Verband der polnischen Getreide- und Produktenbörsen mit wichtigen Fragen befaßt. Unter den wichtigsten Beschlüssen wäre die Annahme einer einheitlichen Maßlernordnung für die Getreide- und Produktenbörsen ganz Polens zu nennen. Nach langer Diskussion faßte die Versammlung ferner den Beschluss, eine zwangsweise Standardisierung von Weizenmehl für ganz Polen einzuführen.

Auf Wunsch der polnischen Regierung soll diese Frage befreit erledigt werden, trocken die Weizenmehl-Standardisierung nach Ansicht polnischer Fachkreise nicht so schnell, wie allgemein angenommen wird, durchgeführt werden kann. So müssen u. a. technische Änderungen bei einer ganzen Reihe von Mühlenbetrieben vorgenommen werden und vor allen Dingen müssen die bisherigen Methoden und Vermahlungsbestimmungen für Getreide beseitigt werden.

Die Standardisierung von Weizenmehl soll bereits am 1. September d. J. in Kraft treten. Daneben wurde beschlossen, auch eine Standardisierung für Leinküchen, Rapsküchen, Sonnenblumenküchen, Sojaküchen, sowie von Sojas und Sonnenblumenstroh und schließlich für Lein-, Raps-, Sojabäume und für Palmenküchen einzuführen.

Die weiteren Beratungen befassten Transaktionen mit fränkem Getreide und die Bekämpfung der Getreideschädlinge. Zum Schluß wurde die für das ganze Land geltende Geschäftsordnung des Getreide- und Brotkuchenbörsen vom Verbandsvorstand beschlossen, welche durch diesen Beschluss sofort in Kraft getreten ist.

Die Finanzierung des Butter- und Butter-Exports. Die im Vorjahr vereit gestellten Lombardkredite für Exportbutter und Exporteier, die in den Gdingener Kühlräumen aufbewahrt werden, werden, wie verlautet, auch in diesem Jahre in dem gleichen Umfang durch die Staatliche Agrarbank gewährt. Auf diese Kredite werden die Filialen der Bank in Warschau und in der Provinz auf Grund von Frachtdokumenten Vorruhförderkredit erteilen. Der Frachtförderkredit beläuft sich auf 50 Prozent des Warenwertes.

Geldmarkt.

Der Wert für einen Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Poloni“ für den 7. Mai auf 5 924 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6% der Lombardrate 7%.

Der Zloty am 6. Mai. Danzig: Ueberweisung 57,32 bis 57,44, bar 57,32–57,44. Berlin: Ueberweisung 47,10–47,50, Zürich: Ueberweisung 58,00, London: Ueberweisung 29,81.

Marschauer Börse vom 6. Mai. Umsätze, Verkauf - Kauf. Belgien 124,46, 124,77 — 124,15, Belgrad —, Budapest —, Bucarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,65, 359,55 — 357,75, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 29,95, 30,10 — 29,80, New York 7,35, 7,39 — 7,31, Oslo —, Paris 35,11, 35,20 — 35,02, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm 155,00, 155,75 — 154,25, Schweiz 172,35, 172